

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Führer. 1927-1944 1933

158 (10.6.1933)

Bezugspreise:

Monatlich RM. 2.10, aus Postamtgebühren od. Frachtpflicht für Fernbestellg. RM. 1.50 ausdgl. Bestellg. Bestellungen zum verbill. Preis können nur unsere Vertriebsstellen entgegennehmen, Postbez. ausgeschlossen. Der Führer erscheint 7 mal wöchentlich als Morgenzeitung. Bei Abbestellen infolge höherer Gewalt, Verbot durch Staatsgewalt, bei Eidenungen oder Streiks oder dergl., besteht kein Anspruch auf Befreiung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises. Abbestellungen können nur bis zum 28. jeden Monats auf den Monatslisten angenommen werden.

Beilagen:

„Der Arbeiter im Betrieb“, „Der lunge Freiheitskämpfer“, „Der deutsche Militant“, „Die deutsche Frau“, „Bundschuh und Hakenkreuz“, „Der unbesetzte Soldat“, „Mitter aus deutscher Vergangenheit“, „Rasse und Volk“

Sonderblätter:

„Merkur-Rundschau“, „Wahr- und Wähler-Wort“, „Das Reichstheater“, „Orienauer Volkspartei“, „Das Danauerland“

Der Führer

Das badische Kampfblatt für nationalsozialistische Politik und deutsche Kultur

Herausgeber: Robert Wagner, M. d. L.

HAUPTORGAN DER NSDAP GAU BADEN

Anzeigenpreise:

Die geschaltene Millimeterzeile im Angelegenheit 15 Bfg., (Normal-Tarif 10 Bfg.). Kleine Anzeigen und Familienanzeigen 1 mm Zeile 6 Bfg., im Zeitlich: die viergeschaltene Millimeterzeile 35 Bfg. Wiederholungsrabatte nach Tarif. Für d. Erscheinen d. Anzeigen an best. Tagen u. Plätzen wird keine Gebühr abgem. Anzeigenpreis: 12 Uhr mittags am Montag des Erscheinens.

Verlag:

Führer-Verlag G.m.b.H. Karlsruhe i. B., Kaiserstraße 133. Fernsprecher Nr. 7930, Postfachkonto: Karlsruhe Nr. 2988. Girokonto: E. Schmidt, E. Barthelemy, Karlsruhe Nr. 799.

Abteilung Buchvertrieb:

Postfach, Karlsruhe Nr. 2935. Geschäftsstunden von Verlag u. Expedition 8-10 Uhr. Verkaufsort u. Geschäftsstand: Karlsruhe i. B.

Schriftleitung:

Anschrift: Karlsruhe i. B., Mackenrothstr. 46. Fernsprecher 1271. Redaktionsschl. 12 Uhr am Montag des Erscheinens. Sprechstunden tagl. 11-13 Uhr.

Berliner Schriftleitung:

Hans Carl Reißner, Berlin SW. 61, Hindenburgstr. 14. Fernruf: B a e r w a l d (F 6) 8093.

Die heutige Landtagssitzung

Badisches Ermächtigungsgesetz gegen die Marxisten angenommen

Schutzhaft der SPD-Bonzen wird nicht aufgehoben - Dr. Föhr und das Parteibuchbeamtentum Der Landtag vertagt sich

Karlsruhe, 9. Juni. Die Eröffnung der zweiten Landtagssitzung, auf deren Tagesordnung als Hauptpunkt die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Walter Köhler stand, erhielt ihr besonderes Gepräge durch die Anwesenheit des Reichsstatthalters Robert Wagner. Die Tatsache der in der Person des Reichsstatthalters verkörperten Verbundenheit zwischen der badischen und der Reichsregierung erhielt das mit ihren fünfzigjährigen Ausbruch.

Der Bedeutung des Tages entsprechend hatten Ehrenkompanien der Polizei, SA und SS vor dem Landtagsgebäude Aufstellung genommen. Eine zahlreiche Zuschauermenge hatte sich an den Zugangsstraßen eingefunden, um Zeuge dieses in der Geschichte des badischen Landtags erstmaligen Ereignisses zu sein.

Kurz nach 11 Uhr erschien der Reichsstatthalter. Unter den Klängen des Präsentiermarsches schritt er die Front ab, um sich anschließend zur Landtagssitzung zu begeben. Beim Betreten des reich beflaggten Hauses begrüßte der Direktor Hochschild, des badischen Landtags, den Reichsstatthalter. Nach dem Empfang durch den Landtagspräsidenten wurde der Reichsstatthalter in die frühere Hofloge geleitet.

Sämtliche Abgeordnete des Landtages, einschließlich derjenigen des Zentrums und der Sozialdemokratie, erhoben sich zu Ehren des Vertreters des Reiches von ihren Sitzen, worauf

Landtagspräsident Prof. Kraft gegen 10.45 die Sitzung eröffnet. Seine Begrüßungsworte gelten in erster Linie dem Herrn Reichsstatthalter, den er im Namen des gesamten badischen Volkes begrüßt. Er erlunzt an die Zeit, da Reichsstatthalter Robert Wagner - der die Worte des Präsidenten stehend mitführt - in diesem Saal als Abgeordneter saß, da es galt, als kleine Minderheit ein Vorbild entschlossenen Willens zu geben. So wie es Reichsstatthalter Wagner seit dem Jahre 1925 als badischer Gauleiter der NSDAP bis heute tat. Heute habe der Reichsstatthalter wieder ein Mandat erhalten, aus den Händen des Reichspräsidenten, hinter dem weitaus die Mehrzahl des badischen Volkes stehe.

Wenn heute nochmals gewählt würde, dann würde zweifellos eine überwältigende Mehrheit, die in gar keinem Vergleich stünde zu dem augenblicklichen Stärkeverhältnis in diesem Hause, bezeugen, daß das badische Volk nur einen Führer kennt, dem es blindlings vertraut und mit dem es entschlossen durch alle Finsternisse der Gegenwart zu einer besseren Zukunft zu gehen gewillt ist. Und dieser Mann ist Robert Wagner.

Präsident Kraft streift dann kurz die neuen Aufgaben des badischen Landtages, die heute andere sind, als vorher, wobei

er insbesondere darauf hinweist, daß das Zentrum Gelegenheit hätte, von hier aus durch Erklärungen auf verwandte Parteien im Ausland mächtig einzuwirken. Der Landtagspräsident schließt seine Begrüßungsrede mit einem Sieg-Heil auf den Reichsstatthalter, in das Abgeordnete und Tribünenbesucher miteinstimmen.

Dann tritt **Ministerpräsident Walter Köhler** zum Rednerpult und gibt die mit Spannung erwartete und ebenso aufgenommene Regierungserklärung ab, die wir im vollen Wortlaut an anderer Stelle bringen.

Händeklatschen und stürmischer Beifall brach los, als Ministerpräsident Köhler geendet hatte. Landtagspräsident Kraft dankte ihm und versicherte, daß man alles tun werde, um die Ziele der Regierung zu unterstützen. Die Vormittagsitzung war damit beendet. Reichsstatthalter Wagner begab sich nach Beratung von Regierungsmitgliedern und Parteigenossen ins Staatsministerium zurück.

Die Nachmittagsitzung Als erste Vertreter, nach dem zweiten Klingelzeichen, die Nationalsozialisten den Plenarsitzungssaal. Nachdem auch die anderen Abgeordneten ihre Plätze eingenommen haben, er-

öffnet Landtagspräsident Pg. Kraft die Sitzung und gibt die Zusammensetzung der in der ersten Sitzung gewählten Ausschüsse bekannt. Außer einer Verhinderungsanzeige des Abgeordneten Eiche verliest der Präsident ein Schreiben der nationalsozialistischen Fraktion, in dem die Nationalsozialisten bekannt geben, daß ihr

Fraktionsführer weiterhin Ministerpräsident Köhler, ihr zweiter Fraktionsführer Ministerialrat Kraft und Rechnungsführer Stabsleiter Köhn ist.

Ein Antrag der SPD-Abg. Sommer u. Gen., betr. Unterbringungs- und Verpflegungskosten der Schutzhäftlinge in Baden geht zur geschäftlichen Behandlung an den Rechts- pflegeausschuß. Ebenso ein Gesuch der Bürgervereinsgruppe Eitlingen um Änderung der Bestimmungen der Gemeinbeordnung über den Bürgerneben.

Der Berichterstatter des Geschäftsordnungsausschusses, Pa. Schmidt-Bretten, berichtet

Beratung des Ermächtigungsgesetzes

das wir schon vor einigen Wochen veröffentlichten, ein. Berichterstatter ist Pa. Schmidt-Bretten, der betont, daß die badische Regierung die im § 2 des Ermächtigungsgesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich

dann über die Ausschlußbehandlung des Antrages der SPD-Fraktion auf Entlassung der Abgeordneten Keller, Großhans und Marxloff aus der Schutzhaft. Wenn die Sozialdemokraten darauf hingewiesen hätten, daß in andern deutschen Ländern keine oder weniger Inhaftierungsmaßnahmen von Abgeordneten stattgefunden hätten, so läge das daran, daß man dort in der Auswahl der Abgeordneten von Seiten der Sozialdemokratie vorfichtiger gewesen wäre. Trotz der Unterstützung des SPD-Antrages durch das Zentrum (Zwischenruf: „Das ist das wahre Gesicht!“) genügt die Stimmen der Nationalsozialisten zur Ablehnung des Antrages.

Die Marxisten bleiben damit weiter in Schutzhaft. Nachdem dann noch die vom Landtag zu stellenden und von den einzelnen Fraktionen bestimmten Mitglieder des Finanzgerichts verlesen und genehmigt wurden, trat das Haus in die

vom 31. März 1933 nicht für ausreichend hält und daher einen eigenen Gesetzentwurf zur Abstimmung einbrachte. Er beantragt, außer der Annahme des Regierungsentwurfes, von der in § 49 vorgesehenen Frist zur zweiten Lesung abzusehen und das Gesetz als dringend zu erklären.

Dr. Föhr, der als Vertreter des Zentrums das Wort zum Ermächtigungsgesetz erhält, hält eine längere Rede, in der er den guten Willen der Zentrumsparlei, ihren Vorkas zu ehrlicher Mitarbeit fast zu oft betont. Seine Behauptung, daß Ministerpräsident Köhler eine geordnete Verwaltung antrat, da ja „Baden kein Parteibuchbeamtentum gehabt hat“, löst im Haus lebhaften Widerspruch aus. Als bewußte Herabsetzung muß es auch bezeichnet werden, wenn Föhr davon sprach, daß es keine Fraktion beargwöhnt wird, wenn wir jetzt wieder zum Rechtsstaat „zurückkehren“ werden. In einem lebhaften Geplänkel kommt es dann, als der Zentrumsvertreter davon spricht, daß dem Zentrum die Voraussetzungen gefehlt hätten, um so wie die jetzige Regierung ihren Willen durchzusetzen. Auf die Frage, warum das Zentrum daraus nicht die Konsequenz gezogen hätte, antwortet Föhr, sie hätten sie gezogen. Auf die Antwort gea. ungenemachen“ will Föhr glaubhaft machen, daß das Zentrum von niemanden hätte gezwungen werden können.

Abg. Mann (SPD.) lehnt für seine Fraktion das Gesetz ab, da es bei der jetzigen Zusammensetzung des Landtages nicht notwendig wäre, und da den Sozialdemokraten alle Möglichkeiten zur politischen Arbeit genommen seien.

Dr. Brähler (Deutschn.) setzt sich mit Dr. Föhr auseinander. Im Besonderen geht er auf dessen Behauptung ein, daß es in Baden kein Parteibuchbeamtentum gegeben habe. Er führt als Gegenbeweis den Fall des jetzigen Innenministers Pa. Pflaumer an, der von Memmele schuldig behandelt wurde,

Feierliche Einweihung

und Eröffnung des Verlages und der Schriftleitung des „Führer“ im ehemaligen „Volksfreundgebäude“

Samstag, den 10. Juni 1933, 20 Uhr

Veranstaltet von der N.S.D.A.P., Kreisleitung Karlsruhe

19.45 Uhr Aufmarsch der Ehrenstürme der SA. und SS.

20.00 Uhr Eröffnungsmarsch
Ansprache des Gebietsführers der HJ. Friedh. Kemper
Feierliche Enthüllung des neuen Verlagsgebäudes - Horst-Wessel-Lied - Salut - Illumination des „Führerverlagsgebäudes“

20.30 Uhr Abmarsch der Ehrenstürme über die Waldstraße, Kaiserstraße, Karl-Friedrich-Straße nach dem Schloßplatz - Aufstellung vor der Schloßwache
Ansprache des Gaupropagandaleiters August Kramer M.d.L.
Feuerspruch - Verbrennung des Volksfreundschnupfes.

A b m a r s c h

ohne daß das Zentrum dagegen eingeschritten sei. Damals habe es auch nicht „Gott mehr gehorcht als den Menschen“. Ein weiteres Beispiel der deutschen nationale letzte Landgerichtspräsident Dr. Hanemann, der trotz seiner unbefristeten Befähigung immer wieder von der Beförderung ausgeschlossen blieb, nur weil er als Landtagsabgeordneter gegen das System aufgetreten war.

Das Zentrum muß sich von Dr. Brücker, der auch auf die ansehnliche Tätigkeit des Zentrums eingeht, noch manche bittere Wahrheit lassen, die es ohne ernstlichen Widerspruch schlakt.

Innenminister Flaumer

nimmt das Wort zu einer Erwiderung auf eine Beschwerde Dr. Führs, daß es dem in Schutzhaft befindlichen Reichsminister a. D. Führs nicht ermöglicht wurde, über Pfingsten den Gottesdienst zu besuchen. Er betont, daß die Regierung den Kirchenbesuch der Schutzhäftlinge nicht unterläßt habe, daß aber im Falle Führs der Gefängnisdirektor gerade zwei Tage auf Urlaub war und sein Stellvertreter keine eigenmächtige Handlungsweise verantworten wollte. Führs habe jedoch auf seinen Wunsch den Besuch eines Geistlichen erhalten. Innenminister Flaumer betont noch, daß in Baden nur knapp 400 Personen in Schutzhaft seien, im Gegensatz zu Württemberg, das von der Schutzhaft in viel weitgehendem Maße Gebrauch machte.

Er müsse noch einmal betonen, daß die Schutzhaft lediglich zum Schutze der betreffenden Persönlichkeiten verhängt würde. Zu Klagen über Verfolgung, Unterdrückung und Behandlung sei kein Anlaß; gegebenenfalls würde ihnen jedoch streng nachgegangen werden.

Da Abg. Schmidt-Breiten auf sein Schlusswort verzichtet, wird zur Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz geschritten.

Der Prozeß wegen der Ermordung des SA-Mannes Tielch

Berlin, 9. Juni. (Eig. Meldung.) Im weiteren Verlauf des Prozesses wegen der Ermordung des SA-Mannes Tielch wurde eine Reihe von Zeugen vernommen, die an dem tragischen Abend zwar Schiffe gehört haben, aber keinen der Angeklagten mit Bestimmtheit als Täter bezeichnen können.

Medizinalrat Drensfurth wurde sodann als Sachverständiger über den Obduktionsbefund vernommen. Er erklärte, es bestehe kein Zweifel, daß der Tod des SA-Mannes Tielch durch Verbluten eingetreten sei, und zwar habe die Angel die Halsschlagader aufgerissen.

Der dann vernommene Zeuge Dräger war dem Angeklagten Schöel in Rußland begegnet. Er erklärte, er sei aus eigenem Antriebe hinübergefahren, um dort Arbeit zu finden. Auf dringendere Fragen nach dem Grunde seiner Fahrt nach Rußland verteidigte der Zeuge jedoch die Aussage. Die Verfolgung in Rußland, so erklärte er weiter, sei so schlecht und unzureichend gewesen, daß er wieder nach Deutschland zurückgekommen sei. Der Zeuge Dräger wurde ohne Berechtigung entlassen.

Nazis im Gerichtssaal

Zu einem Zwischenfall kam es vor Eintritt in die Mittagspause, als der Vorsitzende die im Saale anwesenden Polizeibeamten aufforderte, niemanden aus dem Verhandlungsraum zu lassen, der sich nicht genügend ausweisen könne. Insgesamt 12 Personen konnten sich nicht genügend ausweisen und mußten den Weg zur Wache antreten.

Ueber die Gründe für diese Nazia ist bisher nichts gesagt worden. Man nimmt an, daß sich im Zubehörraum Personen befunden haben, denen gegenüber der Verdacht besteht, daß sie in irgend einem Zusammenhang mit der Tat stehen.

Nach der Mittagspause erklärte der Zeuge Dußke, der Angeklagte Schöel, mit dem er zusammen wohnte, habe ihm erzählt, daß er „bei

Aufruf

Durch das ungeheure Anwachsen unserer Bewegung insbesondere durch den riesenhaften Zuwachs von Mitgliedern nach der Wachtübernahme durch unsere Führer und die Aufgaben unserer Organisationszentren in gleichem Maße gewachsen.

Die Gauleitung Baden ist daher genötigt, ihre Arbeitsstätte mit einem zweckentsprechenden und dem Ansehen der Bewegung würdigen Heim zu vertauschen. Die Erwerbung eines

Adolf Hitler-Gaujes

ist in die Wege geleitet. Wir rufen die gesamte Parteigenossenschaft dazu auf, sich an diesem Werk zu beteiligen. Insbesondere gilt unser Aufruf den Parteigenossen, die erst seit kurzem unserer Bewegung angehören und die im Gegensatz zu unseren alten Kämpfern die Möglichkeit noch nicht hatten, ihre Opferbereitschaft zu beweisen.

Wir erbitten die Spenden auf Postcheckkonto „Gauleiter Robert Wagner“ Amt Karlsruhe Nr. 16 722. Die Gauleitung.

Mit den Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und des Zentrums, gegen die Sozialdemokraten wird dann in erster und zweiter Lesung das Ermächtigungsgesetz angenommen:

Der Wortlaut des Gesetzes

§ 1 Die Landesregierung wird ermächtigt, bei Ausübung ihres Gesetzgebungsrechts nach § 1 Absatz 1 des Vorläufigen Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März 1933 (Reichsgesetzblatt I S. 153) von den Bestimmungen der badischen Verfassung auch zu anderen Zwecken als zur Neuordnung der Verwaltung und zur Neuregelung der Zuständigkeiten abzuweichen.

§ 2 Eine Änderung der Bestimmungen der §§ 1, 2, 6, 18 bis einschließlich 24, 46 und 48 Absatz 3 der badischen Verfassung ist auf diesem Wege nicht zulässig; ebenso darf die Einrichtung des Landtags als solchen nicht berührt werden.

§ 3 Die nach § 1 Absatz 1 des Vorläufigen Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich und nach § 1 dieses Gesetzes beschlossenen Gesetze treten, soweit nichts anderes bestimmt ist, mit dem auf die Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt folgenden Tage in Kraft.

§ 4 Dieses Gesetz tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft. Es tritt ferner außer Kraft, wenn die gegenwärtige Landesregierung durch eine andere Regierung abgelöst wird.

Auf Antrag des Landtagspräsidenten verlagert sich dann der Landtag bis auf weiteres. Der Präsident wird ermächtigt, nötigenfalls den Landtag zusammenzurufen.

einer Geschichte“ dabei gewesen wäre, und daß er darum nach Rußland gefahren sei.

Staatsanwalt: Hat er gesagt, daß sonst noch jemand bei der Geschichte dabei war?

Zeuge: Er hat gesagt, daß Weiffuß dabei gewesen und auch derjenige war, der geschossen habe. Von sich selbst habe er erklärt, er sei bloß so dabei gewesen.

Staatsanwalt: Hat Ihnen Schöel mitgeteilt, daß er bei der Ermordung des SA-Mannes Tielch dabei gewesen ist?

Der Zeuge ärgerte eine längere Weile und gab keine Antwort.

Staatsanwalt: Haben Sie der SA Mitteilung davon gemacht?

Zeuge: Nein.

Staatsanwalt: Seien Sie vorsichtig, ich neure Ihnen sofort zwei Zeugen dafür!

Der Sturmführer Martin erklärte auf das Bestimmteste, daß der Zeuge Duffstein auf dem Gaubüro war und auch darum gebeten habe, auf jeden Fall seinen Namen geheimzuhalten.

Damit war die Beweisaufnahme geschlossen. Die nächste Sitzung findet am Dienstag statt.

Ein Jahr Gefängnis für den Hauptangeklagten

Baduz, 9. Juni. Das Baduzer Kriminalgericht fällt am Donnerstagabend um 11 Uhr folgenden Urteil: „Der Hotelier Rudolph Schädler-Baduz wird zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr verurteilt; Peter Kleinberger zu neun Monaten Gefängnis; Eugen Frommelt zu fünf Monaten Gefängnis und Franz Hoedle zu vier Monaten Gefängnis. Die Untersuchungshaft wird angerechnet.“

Wieder 212 000 Arbeitslose weniger

Berlin 9. Juni. (Eig. Meld.) Wie aus dem neuesten Bericht über die Bewegung auf dem Arbeitsmarkt hervorgeht, ist hier die Entwicklung außerordentlich günstig. Der Rückgang der Arbeitslosen beträgt in der zweiten Maihälfte 212 000, während er in der gleichen Zeit des vorigen Jahres nur 93 000 betrug. Insgesamt ist damit die Arbeitslosigkeit von dem Höchstpunkte dieses Jahres um etwa

mehr als eine Million

auf rd. 5 Mill. gesunken und während im vorigen Jahr die Arbeitslosigkeit in der gleichen Zeit vom Höchststand, nämlich von 6 128 000, nur um 540 000 auf rund 5 588 000 sank. Damit ist jetzt die Arbeitslosenziffer bereits niedriger, als zum günstigsten Zeitpunkt des Vorjahres, wo im Sommer als niedrigste Ziffer ein Stand von 5 103 000 erreicht wurde. Drei Viertel des Rückganges sind, wie auch aus dem Bericht hervorgeht, auf die konjunkturellen Verhältnisse und nur ein Viertel auf saisonmäßige Verhältnisse zurückzuführen.

Gebührenentzug im Kraftfahrwesen

* Berlin, 9. Juni. Im Reichsverkehrsministerium fand heute unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Brandenburg eine Verhandlung zwischen Vertretern der Kraftverkehrswirtschaft und den Zentralverbänden der Dampfkessel-Revisionsvereine statt, welche eine wesentliche Herabsetzung der bei der Prüfung der Kraftfahrzeugführer erzwungenen Gebühren bezweckte. Die Verhandlung

Abbrüstungsbesprechungen völlig negativ

Berlin, 9. Juni. (Eig. Meldung.) Am Tage nach der Paraphierung des Viermächte-Abkommens, hat sich auch die Spannung um das Schicksal der Abrüstungskonferenz — allerdings in negativem Sinne — gelöst. Die Pariser Besprechungen zwischen Frankreich, England und Amerika haben zu keinem greifbaren Ergebnis geführt, eine Situation, die auch auf der Abrüstungskonferenz selbst jede Erfolgsmöglichkeit ausschließt.

Schmelzing geschlagen

New York, 9. Juni. Am Donnerstagabend fand im Polo Field Stadium die Auscheidungskampfung um die Schwergewichts-Weltmeisterschaft zwischen dem deutschen Erbtitelmeister M. Schmelzing und dem Amerikaner Max Baer statt. Der Kampf endete mit dem Siege Baers durch technischen K. o.

Politische Kurzberichte

Der Württembergische Landtag nahm das von der Regierung vorgelegte Ermächtigungsgesetz mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten an.

Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Dr. von Renteln, hat einen Ausschuß einberufen, der sich mit der Eingliederung der Industrie- und Handelskammern in den räumlichen Aufbau des nationalen Staates befaßt soll.

In einer von allen 50 Fremdenverkehrsvereinen Borarlbergs in Vregenz abgehaltenen Versammlung wurde gegen den deutschfeindlichen Wiener Kurs scharf protestiert und erklärt, daß eine Verständigung mit Deutschland nicht werden müsse, denn sonst würde binnen Jahresfrist die österreichische Fremdenindustrie tot sein.

Im Zusammenhang mit dem deutschen Transatlantikflug beurteilt Svenska Dagbladet in Stockholm die Lage sehr ruhig und schreibt u. a.: „Nach den Kurven der deutschen Auslandsverkäufe zu urteilen, habe die deutsche Maßnahme eine günstige Aufnahme gefunden.“

Das Blatt des tschechischen Ministerpräsidenten, sowie das dem Außenminister nahestehende Blatt in Prag erklären zum Viermächtepakt: Nach den von Frankreich gegebenen Garantien habe der Pakt die kleine Entente und für Polen keinerlei Gefahren mehr.

Die spanische Regierungstele wird voraussichtlich erst in der nächsten Woche gelöst werden. Der Staatspräsident empfing zahlreiche Abgeordnete, um die Frage der Regierungsneubildung zu klären.

Der belgische Außenminister erklärte im auswärtigen Ausschuß der Kammer, daß Belgien den Viermächtepakt annehme.

Im Gerechtigkeitssinn in Berlin hielt der Verteidiger des Hauptangeklagten Dr. Gereke, Rechtsanwalt Dr. Langbehn, am Freitag sein Plädoyer.

Die deutsche Abordnung für die Weltwirtschaftskonferenz unter Führung des Reichsaußenministers von Neurath wird am Sonnabend abend nach London abreisen.

Die bekannte sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Antonie Pfüll hat Selbstmord begangen.

Der preussische Justizminister hat aus Anlaß der Aufhebung der Wohnungsabzwangswirtschaft und der Lockerung des Mieterschutzes eine Verfügung erlassen, durch die die Staatsanwaltschaften angewiesen werden, über besondere Aufmerksamkeiten auf etwaigen Mietsucher zu richten.

Der tschechische Fehlbetrag für 1932 im Reichshaushalt beläuft sich auf nur 190 Millionen Reichsmark.

Der Kirchenrat hat das Abschiedsgesetz des Präsidenten Kapler angenommen.

Reichsinnenminister Dr. Fric hat zum „Fest der Jugend“, mit dem eine Seite unserer Ahnen aufgeföhrt wird, aufgerufen. Freitag ist die Sonnenwend. Sonnabend der 24. Juni wird der Feiertag dieses Tages gewidmet sein. Der Schulunterricht soll an diesem Tage ausfallen.

führte zu dem Ergebnis, daß eine namhafte Serabsetzung der Gebühren durchgeföhrt werden muß.

Verlautbarung Roosevelt zum Viererpakt

§ Washington, 9. Juni. Präsident Roosevelt hat aus Anlaß der Paraphierung des Vertrages von Rom folgende Erklärung abgegeben:

Der Viermächtepakt zwischen Frankreich, Deutschland, Großbritannien und Italien bedeutet ein gutes Vorzeichen. Die USA bewillkommen jede Anstrengung, die darauf gerichtet ist, den Widerstreit nationaler Ansprüche durch ein internationales Zusammenwirken zum größeren Vorteil des Ganzen zu erleben. Dieses Übereinkommen der europäischen Großmächte, eng zusammen zu wirken zur Bewahrung des Friedens, sollte allen, die nach einem Erfolg der Konferenzen von Genf und London streben, neuen Mut einflößen.

Hermann Göring triumphiert durch Helsen-Nassau

Kassel, 8. Juni. Die Fahrt des preussischen Ministerpräsidenten Hermann Göring mit dem neuen Oberpräsidenten der Provinz Helsen-Nassau, Prinz Philipp von Hessen, durch Helsen-Nassau, gestaltete sich zu einer Triumpfhahrt. Schon in Kassel standen auf den Wegen die Menschen kilometerweit Spalier. Von Ort zu Ort wiederholten sich die Kundgebungen aller Art für den Ministerpräsidenten.

Eine hilflose Landtagsitzung

Die nationalsozialistische Regierung Baden trat gestern mit ihrer ersten Regierungserklärung vor die badische Volksvertretung, ein geschichtliches Ereignis, das durch die Anwesenheit des Herrn Reichsstatthalters Robert Wagner in seiner Bedeutung noch unterstrichen wurde. Zum ersten Mal nahm ein Vertreter des Reichs an den Sitzungen des Landtages offiziell teil, um die unläsbare Verbundenheit darzutun, die heute Reich und Länder dank der genialen Lösung, die unser Führer Adolf Hitler für das Problem der Reichsreform fand, verbindet.

Wer so wie wir Nationalsozialisten in den vergangenen Jahren mit Schrecken erleben mußte, wie immer in Augenblicken, wo das Ende der Parteibuchherrlichkeit nahe gerückt schien, in der gewissenlosesten Weise der Gedanke einer Lösung der süddeutschen Länder vom Reich in die Debatte geworfen wurde, der erst kann die stolze Freude empfinden, die uns heute beselzt. Nach dem Siege der Revolution waren plötzlich alle von der loyalsten Zustimmung gegenüber der neuen Regierung besetzt und sie alle bedauerten es immer und immer wieder lebhaft, daß ihnen keine Möglichkeit gegeben wurde, diese lokale Gewinnung zu beweisen. Wir freuen uns darüber, daß Ministerpräsident Walter Führs in seiner Regierungserklärung dem ungeschminkt Ausdruck verlieh, was die Kämpfer der nationalsozialistischen Bewegung denken, dem nämlich, daß die Unbedingtheitsverträge jener, die mit Schuld aus 14 Jahren schwarzer Herrschaft reichlich beladen sind, mit den nötigen Vorbehalten ausgenommen werden.

Diese Regierungserklärung der nationalsozialistischen Volksregierung Badens hatte einen anderen Klang, als wir es unter dem alten System gewohnt waren. Da war nichts darin enthalten von den geschraubten Redensarten, die mühsam von einem Manuskript abgelesen werden mußten und am Ohr der Hörer vorbeipflüscherten, ohne irgendwelchen Eindruck zu machen. In dieser Regierungserklärung hatte die Phrase keinen Platz. Die Fülle der Fragen wurden hier in der kurzen Form beantwortet, die dem Nationalsozialismus eigentümlich ist, denn er hat keine Freude an einem endlosen Drehen und Wenden der Dinge, sondern er geht ihnen auf dem geraden Wege zu Leibe und gestaltet sie nach seinem Willen.

Wenn man sich nach den Regierungserklärungen des alten Systems fragend anah, was denn nun ehrlich und was nur als quackalberisches Pflaster für die Leiden des Volkes gemeint sei, so wurde man dazu bewegt durch die nicht abzuleugnende Tatsache, daß diese Regierungserklärungen von Widerprüchen strökten. Es hätte auch bei der Zusammenfassung der Regierung nach parlamentarischen Gesichtspunkten und dem Koalitions-Kuhhandel bei der Regierungsbildung auch gar nicht anders sein können. Da Parteien sich zummentaten, deren jede einen eigenen Weltanschauung vertrat, so konnte das Ergebnis eines solchen Bundes nur ein für das Volk katastrophales sein, wie wir es in der rauben Wirklichkeit erleben.

Das Bekenntnis, das gestern von der badischen Regierung abgelegt wurde, war aus einem Guß, wie es nicht anders sein konnte bei Männern, die mit Leib und Seele der nationalsozialistischen Idee verfallen sind und für diese Idee durch Jahre der Unterdrückung hindurchgingen. Aus den Worten des Ministerpräsidenten mußte jeder, der sie hörte, den Glauben schöpfen an das selbstlose Wollen derer, die auf einem Trümmerhaufen die Fahne der Revolution aufstaketen, entschlossen, die Stätte der Verwüstung in harter und anstrengender Arbeit, wenn auch nicht in ein Paradies, so doch wieder in einen Erdenfleck zu verwandeln, der seinem Besitzer das tägliche Brot gibt.

Das Programm der Regierung ist das nationalsozialistische Programm. Es ist das Programm, das der Führer der Reichsregierung, der Kanzler Adolf Hitler, aufgestellt hat, um die Ueberwindung des deutschen Zusammenbruchs auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zu erzwingen.

Zur Durchführung dieses Programms bräuchte die badische Regierung nicht die Genehmigung des Landtages. Ihr könnte das Vertrauen des Reichsstatthalters genügen. Wenn sie dennoch vor den Landtag trat, um sich von ihm die formelle Ermächtigung geben zu lassen, alle Maßnahmen zu treffen, die zum Wiederaufbau nötig erscheinen, so beweist das die Volksverbundenheit dieser Regierung, die nicht wie andere früher kimmerlich um ihr bloßes Dasein ringen muß, sondern weiß, daß sie das Vertrauen des Volkes besitzt. Sie wird dieses Vertrauen nicht enttäuschen! as.



Mulden. Der Flieger Mattern ist in Krafnasch gelandet. Der Zeitpunkt des Weiterfluges ist noch unbekannt.

Berlin. In den ersten Juli-Tagen wird die Hochzeit Max Schmelzings mit der Filmschauspielerin Annh Ondra in Berlin stattfinden.

Berlin. Wie das Präsidium des Reichsluftschutzbundes mitteilt, hat der Deutsche Luftschiffahrtsverband die Genehmigung erhalten, eine „Rekordtour“ zugunsten der Luftschiffbestrebungen zu veranstalten. Ziehung am 22. und 23. Juni

Das nationalsozialistische Bekenntnis der badischen Volksregierung

Die Regierungserklärung vor dem Landtag - Zerschmetterung des Marxismus - Deutliche Worte an das Zentrum - Statt Steuern, Sparsamkeit in der Staatsverwaltung - Nachdrückliche Unterstützung der bad. Wirtschaft - Revolutionäre Neugestaltung des Rechts und des Schulwesens.

Die Regierung, die sich Ihnen heute zum ersten Male vorstellt, unterscheidet sich grundföhrlich von all Ihren Vorgängern: während die früheren Regierungen aus dem Parlament herausgewachsen waren und aus diesem jeweils aufgrund einer Wahlhandlung hervorgegangen sind, ist diejenige badische Regierung, die heute die Ehre hat, sich Ihnen vorzustellen, dadurch geworden, daß der durch den Herrn Reichspräsidenten eingeföhrte Staatsakt diese Regierung berufen hat. Diese Regierung ist also keine parlamentarische; sie ist dem Parlamente nicht in früherem Sinne verantwortlich, sie braucht nicht notwendigerweise das Vertrauen dieses Parlamentes - sondern ihr kann es genügen, wenn sie das Vertrauen des Mannes hat, der sie ernannt. Aber diese Regierung legt dennoch Wert darauf, auch mit dem Parlamente, mit dieser Volksvertretung hier auf einem guten Fuße zu stehen. Und wenn wir heute als neue badische Regierung vor Ihnen stehen, so erscheint es notwendig, auf

Die politische Entwicklung der letzten Monate im Reich wie in Baden einen kurzen Rückblick zu werfen.

Diese Entwicklung in Baden bedeutet etwas vollkommen Neues. Es ist für uns, die wir im politischen Kampf gestanden sind, in den letzten Jahren eine außerordentlich große Freude gewesen, festzustellen,

wie über frühere Hemmungen und Spaltungen hinweg das Volk sich in einer großen gewaltigen Volksbewegung zusammenschloß.

Meine Herren, wenn man diese ungeheure Tatsache einmal feststellt, wenn man feststellt, daß es dieser Bewegung gelungen ist, die Spaltung, die durch unser Volk in alle Schichten geht, zu überwinden, wenn man feststellt, daß die konfessionelle Zersplitterung und das konfessionelle Mißtrauen überwunden werden konnte in einem so starken Maße, dann erscheint es im heutigen Augenblick verständlich, daß sich sehr viele Männer in unserem Volke die Frage vorlegen,

ob überhaupt in der heutigen Zeit Parteien, die die Politik von konfessionellen Gesichtspunkten aus betrachten, noch eine Existenzberechtigung haben!

(Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) Es gibt sehr viele Männer in Deutschland, die diese Frage verneinen. Wir wissen, daß diese Parteien herausgewachsen sind aus dem Gefühl heraus, daß sie einen Volksteil vertreten müssen, der auf Grund seiner konfessionellen Einstellung heraus zurückgedrängt worden war, und man kann die Gründung dieser Parteien verstehen und anerkennen, man kann auch ihre Arbeit anerkennen und verstehen. Wenn aber einmal die Ueberzeugung in allen Männern und Frauen in Deutschland wahrgeworden ist - und diese Ueberzeugung wird von Tag zu Tag mehr sich durchringen -, daß die neuen Männer in Deutschland nicht das Volk scheiden nach Katholiken einerseits und Protestanten andererseits, sondern daß diese neuen Männer in Deutschland nur den deutschen Volksgenossen stehen (Bravo!), dann, meine Herren, müssen wir es verneinen, daß man auch Politik von konfessionellen Gesichtspunkten aus treiben kann.

So war die Lage

Wenn ich Ihnen hier die politische Situation, wie sie sich durch die Reichstagswahl vom 5. März ergab, aufzeigend habe, wenn ich Ihnen das Spiegelbild der Volksstimmung aufzeigend habe, so ergibt sich für die Politik ganz selbstverständlich, daß sich die Lage der badischen Regierung nach jenem 5. März so zuspitzte, daß man sie als unhaltbar bezeichnen mußte. Eine Regierung, die im Volk absolut keine Resonanz mehr hatte, war vollkommen untragbar und das Volk war ebenfalls dieser Meinung. Das Volk lehnte sich auf, das Volk wollte sich eine Regierung, die nicht mehr vom Volk getragen war, nicht mehr länger gefallen lassen. Die Regierung erkannte das nicht frühzeitig genug, sie war wohl bereit, gewisse Folgerungen zu ziehen, aber sie war nicht bereit, sofort nach diesem politischen Erdstöße das eine zu tun, was das Gebot der Stunde gewesen wäre, abzutreten und zu verschwinden. Und weil das nun nicht der Fall war, kam auch das badische Volk in eine schwierige politische Situation hinein. Man darf sich nur in die Lage der Beamenschaft, besonders der Polizei, versetzen: auf der einen Seite eine Staatsautorität, die nicht mehr vorhanden ist, eine Polizei, die noch einer Regierung untersteht, die keine Resonanz im Volk hat, und auf der anderen Seite ein gewaltiges Volk, das diese Regierung nicht mehr dulden will.

Es war ganz klar, daß diese Situation zu den

schwersten Störungen der Ruhe und Ordnung in unserer engeren Heimat führen mußte.

Weil diese Tatsache vorhanden war und nicht mehr abgestritten werden kann, konnte auch die Reichsregierung dieser unmöglichen politischen Entwicklung nicht untätig zusehen. Die Reichsregierung entschloß sich infolgedessen am 9. März zu dem Schritt,

einen Reichskommissar für das Polizeiwesen in Baden zu entsenden in der Person des damaligen Reichstagsabgeordneten und Gauleiters Robert Wagner.

Darauf ergab sich nun aber aus der Situation heraus, daß die Polizeigewalt allein und die Erfassung der Polizeimacht allein keine Möglichkeit geben konnte, die Ruhe und Ordnung auf die Dauer zu gewährleisten und daß er, wenn der Herr Reichskommissar seinen Auftrag, mit dem er nach Baden gekommen war, unter allen Umständen Ruhe und Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten, wirklich erfüllen

wollte, dann den weiteren Schritt tun mußte, der darin bestand,

die gesamte Staatsgewalt in Baden in die Hand zu nehmen.

Deshalb wurde am 11. März die gesamte Staatsmacht in Baden übernommen. Es wurden die Ministerien besetzt, und es wurden durch den Herrn Reichskommissar eingeleitet für das Ministerium des Kultus und Unterrichts der kommissarische Minister Dr. Wacker, für das Justizministerium der Rechtsanwalt Rupp und für das Finanzministerium meine Wenigkeit. Das Innenministerium verwaltete der Herr Reichskommissar selber. Somit waren die Vorbedingungen geschaffen, die notwendig waren, um die schwere politische Krise, die auszubrechen drohte aus der Situation, zu überwinden, und somit war die Vorbedingung geschaffen, um auch die badische Politik gleichzuschalten mit der Politik der Reichsregierung und des Reichs- und Volkskanzlers Adolf Hitler.

Die Klammer der Reichseinheit

Es war ganz klar, daß diese kommissarische Tätigkeit der verantwortlichen Männer nur von einer begrenzten Dauer sein konnte, und es war ganz selbstverständlich, daß eine Lösung gesucht und gefunden werden mußte, die der Neugestaltung der politischen Situation im Reich und in den Ländern Rechnung trug.

Diese neue Situation wurde geschaffen durch den

Erlaß des Reichsstatthaltergesetzes

Meine Herren, das Reichsstatthaltergesetz leitet eine neue Ära der deutschen Politik ein. Genau so wie die Großtat des Staatsmannes Bismarck in Jahrtausenden noch ihre Geltung haben wird, jene Großtat, die darin bestand, daß er die deutschen Stämme zum Deutschen Reich zusammenschloß, genau so wird man auch in späteren Tausenden davon reden, daß die Ernennung der Reichsstatthalter neue Klammern geschaffen hat, die es unumgänglich machen werden in Zukunft, daß der Bau Deutschlands von irgend jemand angetastet werden kann.

(Bravo-Rufe und lebhaftes Händeklatschen bei den Nationalsozialisten.)

Meine Herren! Die Ernennung der Reichsstatthalter war ein Schlag in das Gesicht derjenigen, die gedroht hatten in früheren Zeiten, die Einheit des Reiches zu zerreissen. (Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) Es klingt fast wie ein Traum, ist aber noch nicht lange her, da gab es in Deutschland noch Männer, die das ungeliebte Wort von der Mainlinie brauchten. (Zuruf: Unerhör! bei den Nationalsozialisten.) Es ist noch gar nicht so lange her, daß es Männer gab, die kühn genug waren zu behaupten, daß wenn ein Reichskommissar nach Bayern käme, daß man ihn an der Grenze verhaften ließe. Man hat allerdings nicht gelacht, durch wen. (Zronisches Lachen bei den Nationalsozialisten.) Meine Herren! In diese geordnete Situation, in diesen Kampf Süd-Nord und Nord-Süd platze nun die Ernennung der Reichsstatthalter hinein. Wir freuen uns darüber, daß nun diese Ernennung nicht dazu geführt hat, daß irgend jemand verhaftet wurde, sondern alleseitig mit größter Befriedigung aufgenommen wurde. (Beifall bei den Nationalsozialisten.)

Der Herr Reichsstatthalter, der für Baden gesandt wurde, ist der Mann, der in Baden seit Beginn dieser Bewegung den Kampf geführt hat, ist der Mann, der wie kein anderer mit dem Land Baden und mit der nationalsozialistischen Bewegung und mit dem badischen Volk auf Gedeih und Verderb verbunden war und verbunden ist.

Es ist auch nicht so, als wenn dieses Reichsstatthaltergesetz und die Einsetzung eines Reichsstatthalters etwa die Bedeutung hätte, daß wir nun von Berlin einen Diktator nach Baden bekommen haben, zu dem Zweck, uns - ich möchte mich einmal so ausdrücken - zu „berberlinern“. Nein, Baden hat seinen Reichsstatthalter nicht etwa, um wesentliche badische Dinge aufzugeben, sondern wir wissen, und in diesem Landtag muß es besonders betont werden, daß gerade der Herr Reichsstatthalter nach den Erklärungen, die er immer wieder abgegeben hat, und nach seiner ganzen inneren Einstellung alles tun wird, um die Belange des badischen Volkes im Rahmen des Reichsinteresses zu vertreten und zu verteidigen und für die schwergeprüfte Westmarke hier an der Westgrenze Deutschlands einzutreten.

(Lebhafter Beifall mit Händeklatschen, auch auf den Tribünen.)

Meine Herren! Der Herr Reichsstatthalter bezieht nach seiner Ernennung die badische Regierung. Die Männer der badischen Regierung sind Ihnen bekannt.

Wir haben es absolut, das Justizmini-

sterium neu zu besetzen, und haben aus Ersparsungsgründen das Justizministerium dem leitenden Ministerium für Kultus und Unterricht angegliedert. Ich möchte bei dieser Gelegenheit dem Manne Dank sagen, der in der kommissarischen Ministerzeit als Justizminister seine Pflicht am Volk erfüllt hat, dem damaligen kommissarischen Minister Rupp.

Die Männer, die in der badischen Regierung sitzen, bringen verschiedenes mit, und zwar bringen sie mit die Tatsache, auf die sie stolz sind: daß sie im Krieg und Frieden ihre Pflicht gegenüber ihrem Volk und Staat restlos erfüllt haben (Lebhafter Beifall). Die drei badischen Minister sind alle drei Kriegsveteranien gewesen, und der Staatsrat in der Regierung ist ein untadeliger Offizier und Frontsoldat gewesen, der im Krieg und Frieden seine Pflicht und mehr wie seine Pflicht getan hat (Beifall), und darauf sind wir stolz. Die drei nationalsozialistischen Minister können sich rühmen, daß sie von den ersten Tagen der Bewegung an getämpft und geacort und gearbeitet haben, um das Ziel zu erreichen, das wir nun heute erreicht haben.

Deshalb glaube ich, daß diese Männer auch die Gewähr dafür bieten, daß eine Politik gemacht wird, die den Wünschen entspricht, die die Millionenmassen draußen haben, die uns hinaufgehoben haben auf diese hohen Stellen und diese hohen Ämter.

Aber die badische Regierung muß, wenn sie heute zum erstenmal vor Sie, meine Herren, tritt, ein Bekenntnis abgeben, und sie legt ein Bekenntnis ab, und zwar

Das Bekenntnis zur nationalen Revolution.

Ich weiß, daß die Männer, die nicht in unseren Reihen stehen, Kritik an den Vorgängen der letzten Monate üben, daß sie davon reden, daß Uebergriffe vorgekommen seien, daß man da und dort einen Menschen ungerecht behandelt habe. Ich will das nicht bestreiten. Aber, meine Herren, wo gehobelt wird, da fallen auch Spähne, und Sie können in die Geschichte wohl aller Völker zurückblicken: es gab wohl noch niemals eine gewaltige staatliche Umwälzung von großem Ausmaß, die so diszipliniert vor sich gegangen wäre, wie die nationale Revolution der letzten drei Monate (Sehr richtig!). Wir sind stolz darauf, daß die einzigen Opfer dieser nationalen Revolution in Baden nicht auf der Gegenseite, sondern auf unserer Seite sind. Wir sind stolz darauf, daß von unserer Seite diese Revolution in einer Form durchgeführt wurde, die man nur als absolut diszipliniert und absolut deutsch bezeichnen kann. (Beifall.)

Meine Herren! Daß da und dort ein Uebergriff vorkommt, das ist eine Selbstverständlichkeit. Aber ich bitte diejenigen, die da so ängstlich sind, sich einmal zu überlegen, was man uns getan hat (Sehr richtig!), und sich einmal zu überlegen, was in Deutschland geworden wäre, wenn nicht wir durch unsere Arbeit und unsere Opfer dem Bolschewismus einen Damm entgegengefeuert hätten. Eine bolschewistische Revolution wäre jedenfalls mit uns und mit Ihnen, meine Herren, anders verfahren, als wir es getan haben! (Sehr richtig!) Eine bolschewistische Revolution hätte jedenfalls andere Zustände in Deutschland gebracht und hätte nicht mit der Schonung den politischen Gegner behandelt, wie wir es in den letzten Monaten bewiesen haben.

Die „Erbschaft“ des Systems

Und wenn ich nun zu der „Erbschaft“ komme, die die badische Regierung angetreten hat, so darf ich sagen, daß es kein reiches Erbe ist. Wir

wir in Baden die Gesamtmacht übernahmen, da erklärte uns der damalige Staatspräsident, daß er und seine Regierung die allergrößten Sorgen über die Finanzlage in Baden hätten und daß er uns ganz besonders sagen wolle, daß hier größte Vorsicht am Platze sei, denn die Lage sei wirklich gefährdend. Sie ist auch gefährdend. Wenn man einmal feststellt, daß

Die Steuereinnahmen,

die im Rechnungsjahr 1931 noch 108 Millionen betragen haben, im Jahr 1932 auf 94 Millionen zurückgegangen sind; wenn man - um noch einen Punkt herauszutreiben, der für Baden besonders bedeutungsvoll ist - feststellt, daß

Die Einnahmen aus Holzverkauf,

die im Rechnungsjahr 1931 noch 9,7 Millionen betragen haben, im Jahre 1932 auf 6,3 Millionen heruntergesunken sind, und wenn man daran erinnert, welche gewaltigen Zinsverpflichtungen und Tilgungsverpflichtungen auf dem badischen Staat ruhen auf Grund der Anleihen, die in den letzten Jahren aufgenommen worden sind, dann ist man sich darüber klar, daß das finanzielle und wirtschaftliche Erbe, das die badische Regierung und ich als Finanzminister angetreten haben, ein außerordentlich schwieriges ist.

Wir Männer der neuen Regierung lehnen es ab, diese schwere Lage etwa dadurch zu beheben, daß wir neue Steuern schaffen oder bestehende Steuern erhöhen. Wir sind uns darüber klar, daß die Steuerkränze bis zum Unmöglichen angespannt ist (Sehr richtig!), und wir sind uns darüber klar, daß

die ersten Möglichkeiten benützt werden müssen, um die Steuerkränze zu lockern und den schweren Steuerdruck vom Volk zu nehmen.

Schon in der kurzen Tätigkeit unserer Regierung haben wir versucht, das Menschenmögliche zu tun, um wenigstens die trassiesten Fälle zu mildern, die heute den einzelnen Steuerzahler zum Erliegen bringen. Wir haben bei der Gehäudensteuer Ermäßigung eintreten lassen in den Fällen, wo Wohnraum leerstehen und der Ertrag gemindert ist. Wir haben der Grundsteuer dieselben Ermäßigungen eintreten lassen. Wir haben bei der Fleischsteuer die Höchstpreise senkt. Ich behaupte nicht, daß das Großtaten gewesen sind.

Meine Herren! Wir müssen natürlich auch mit dem Steuerabkommen rechnen, und auch diese kleinen Maßnahmen sind uns sehr schwer geworden; sie sollen aber zeigen, daß wir den Willen haben, sobald wir irgendwie in der Lage sind, zu lindern und den Druck von der Bevölkerung zu nehmen, der infolge der gewaltigen Steuerlasten auf ihr ruht, daß die badische Regierung als oberste Richtschnur ihres Handelns eine eiserne Sparlamelle ansetzt, hat sie bewiesen und wird sie in Zukunft weiter beweisen. Sie hat die Absicht, ohne die notwendige Verbindung der Staatsverwaltung mit der Bevölkerung abreißen zu lassen. Sie wird keine überflüssigen Maßnahmen treffen, aber von Etappe zu Etappe vorgehen, um alles zu tun, um durch Vereinfachung der Verwaltung Einparungen zu erzielen, die der badischen Bevölkerung zugute kommen sollen.

Die Verwaltung zu vereinfachen.

Die Entwicklung unserer Finanzlage in Baden kann nicht allein von uns aus gesehen werden, die Entwicklung der Finanzlage in Baden hängt ab von der Gesamtentwicklung in Deutschland und da stellt sich die badische Regierung restlos und rückhaltlos hinter die großen Maßnahmen der Reichsregierung, die das eine Ziel haben, die deutsche Wirtschaft zu beleben und anzukurbeln, weil das die einzige Möglichkeit ist, um in der heutigen Zeit Erleichterung für das gesamte Volk zu schaffen. Wir können feststellen, daß wir schon aus dem letzten großen

Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reiches

große Beträge nach Baden bekommen haben, 7,4 Millionen sind nach Baden geflossen für Arbeiten, die das Land herstellt, 5 Millionen sind an die Gemeinden und die öffentlichen Körperschaften gekommen, immerhin Beträge, die sich sehen lassen können und die dazu beitragen können, große Not zu lindern.

Das neue gewaltige Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung mit einer Milliarden ist hier nicht eingerechnet. Wir sind davon überzeugt, daß von diesem neuen Programm große Werte nach Baden fließen werden und mit dazu beitragen werden, die Not unseres Volkes zu lindern.

Besonders stolz ist die neue Regierung darauf, daß es ihr gelungen ist, den

Rheinbrückenbau bei Marxau und Speyer

unter Dach und Fach zu bringen in gemeinsamer Arbeit mit der bayerischen Regierung, die ihrer

felts wiederum das allergrößte Entgegenkommen gezeigt hat, es ist uns gelungen, diese beiden großen Projekte, die 30 Millionen betragen unter Dach und Fach zu bringen und es ist sehr bald damit zu rechnen, daß die Arbeiten aufgenommen werden.

Es ist uns weiter gelungen, zu erreichen, daß

die Elektrifizierungsfrage

einen Schritt weiter gekommen ist. Wir erinnern uns, daß der vergangene Landtag in dieser Frage sich scharf gegen die Reichsregierung gewandt hat, weil von dort nichts getan worden wäre. Es ist der badischen Regierung gelungen, durch Verhandlungen zu erreichen, daß die Stillhaltung elektrifiziert wird, die Regierung ist fest davon überzeugt, daß das nur ein Anfang ist und daß weitere Strecken folgen werden.

Das Volk muß mithelfen

Jeder Hausbesitzer, jeder Bauer, jeder Fabrikant, jeder, der die Möglichkeit hat, aufgrund seiner finanziellen Lage etwas zu unternehmen und Arbeit und Brot zu schaffen, verpflichtet sich an seinem Volk und Vaterland, wenn er jetzt zurückhält und wir rufen das ganze Volk an, sich reiflich in den Dienst dieser großen Arbeitsbeschaffungsaktion zu stellen (Bravo-Rufe).

Die badische Regierung wird ihr Augenmerk besonders auf die badische Wirtschaft richten und entsprechend dem Programm der Reichsregierung steht da in erster Linie

die Landwirtschaft

Die badische Regierung hat schon durch ihr Erscheinen in der badischen Bauernkammer bewiesen, daß die enge Verbundenheit mit dem Landvolk ihr Herzensbedürfnis ist, sie ist sich darüber klar, daß der Aufbau unseres Volkes und Vaterlandes nur auf den Fundamenten ruhen kann, die in der deutschen Scholle und im deutschen Bauern gegeben sind und deshalb begrüßt die badische Regierung die Maßnahmen der Reichsregierung, die im Interesse der Bauernschaft durchgeführt werden. Wir haben in Baden besonders schwierige Verhältnisse, unsere Landwirtschaft ist verschieden gegliedert und geartet, aber es ist für mich eine besondere Freude, feststellen zu können, daß trotz der schwierigen Lage unser badisches Landvolk es in zäher und musterwürdiger Arbeit fertig gebracht hat, hervorragende Leistungen zu erzielen (Bravo-Rufe). Gerade auf der landwirtschaftlichen Ausstellung in Berlin konnte man feststellen, daß die badische Viehzucht glänzend abgeschnitten hat, wir freuen uns über diesen Erfolg, wir freuen uns auch darüber, daß trotz der schweren Not der letzten 14 Jahre die Landwirte nicht den Kopf hängen ließen, sondern in dauernder pflichtgetreuer Arbeit dafür gesorgt haben, daß die Landwirtschaft nicht vollkommen zusammengebrochen ist.

Wenn ich ein Wort über die

Milchwirtschaft

sagen darf, so darf ich feststellen, daß die neue Regierung sofort daran gegangen ist, den milchwirtschaftlichen Zusammenschluß Nordbadens, wo ganz unerhörte Zustände eingetreten waren, durchzuführen, jedoch nach diesem Zusammenschluß das ganze badische Land mit Zusammenschlüssen aufgrund des § 38 des Milchgesetzes überführt ist. Wir verpflichten uns von diesen Maßnahmen eine Förderung der Milchwirtschaft.

Ich kann es nicht umgehen, ich muß auch zu der Frage Stellung nehmen, die in diesem hohen Hause des öfteren Wellen der Erregung auslöst hat, das ist die Frage des

Anbaues der Amerikaneroblen.

Die badische Regierung wird die Reichsregierung durchzuführen, daran kann es gar keinen Zweifel geben, die badische Regierung wird aber den Gemeinden, in denen die Amerikaneroblen gepflanzt worden sind und die einen großen Ertrag davon gehabt haben, durch Beratung und Unterstützung an die Hand geben, daß die Umstellung nicht etwa zu schweren Schädigungen der betreffenden Gegenden führen wird (Bravo! vom Regierungstisch). Ich muß hier eines sagen: Die Frage der Amerikaneroblen und des Edelweinsbaues ist eine typisch badische Frage, im übrigen Reich findet sie nicht die Beachtung, wie bei uns, weil im übrigen Reich die Amerikaneroblen nicht in dem Maße angepflanzt wird, aber ich möchte hier im badischen Landtag feststellen, daß der badische Edelweinsbau in den letzten Jahren trotz schwerer Zeiten, sich außerordentlich günstig entwickelt hat und daß es im Interesse dieses Edelweinsbaues liegt, daß die badische Regierung ihm jeden Nutzen und jede Förderung angebeihen läßt.

Ich darf noch ein Wort sagen zu verschiedenen Fragen, die die Landwirtschaft betreffen. Zunächst

der Tabakbau.

Baden ist das größte tabakerzeugende Land in Deutschland, wir sind erfreut darüber, daß die Maßnahmen, die von den beteiligten Stellen und von den Landwirten selbst getroffen worden sind, dazu geführt haben, die Qualität unseres Tabakes gewaltig zu erhöhen, wir sind erfreut darüber, daß Vorbereitungen getroffen sind, um bei uns in Baden einen Tabak zu bauen, der dem

Zigarettenabak gleichwertig ist, wir wissen, daß diese Bestrebungen in der Richtung laufen, wie sie von der Reichsregierung gewünscht wird und wir werden nicht müde werden, dafür einzutreten, daß die Produkte, die wir in Deutschland erzeugen können, auch in Deutschland erzeugt werden (Bravo-Rufe).

Ich darf daran erinnern, daß die badische Regierung sich für den Grünernabsatz interessiert hat, daß sie der Frage des badischen Obstbaues großes Interesse entgegenbringt, daß sie alles tun will, um allen übrigen wichtigen Teilen der badischen Landwirtschaft, die ungeheuer vielgestaltig ist, Lebensmöglichkeit zu geben.

Ein Wort noch zu einer Frage, die Land und Gemeinden um das die Einzelwirtschaft ungeheuer berührt, zur Frage der

Solzwirtschaft.

Baden ist das Land mit dem größten Salzbesitz und deshalb ist Baden als Land und sind die Gemeinden als Salzbesitzer außerordentlich interessiert an der Entwicklung auf dem Salzmarkt. Sie wissen, daß die Reichsregierung Maßnahmen im Interesse der Solzwirtschaft getroffen hat.

Wir freuen uns, feststellen zu können, daß eine Besserung eingetreten ist. Die Preise haben, wenn auch schwach, angezogen, und was vor allen Dingen das Erfreulichste ist, die Nachfrage ist eine

die Arbeitsfront

die gesamte deutsche Arbeitnehmererschaft heute zusammengeweiht ist und daß sie in einer Marschrichtung marschiert. Die badische Regierung hat am 1. Mai mit Freude feststellen, daß die Tage des Klassenkampfes und des Klassenhasses vorüber sind. Die badische Regierung hat mit Freude festgestellt, daß am 1. Mai Unternehmer und Arbeiter in einer Front marschiert sind. Wenn die nationale Revolution sonst nichts erreicht hätte als diese Tatsache, so hätte sie etwas ungeheuer Großes und Neues geschaffen, auf das wir alle stolz sein können. (Beifall.)

Die badische Regierung gedenkt auch der vielen Volksgenossen, die heute noch ohne Arbeit, ohne Brot und ohne Lohn sind. Ihre ganzen Maßnahmen in wirtschaftspolitischer Hinsicht sind darauf eingeleitet, diese Männer wieder in den Arbeitsprozeß einzuliefern. Wir freuen uns darüber, daß eine Wirtschaftsbelebung eingeleitet hat. Wir freuen uns darüber, daß gewisse Betriebe schon dazu übergeben konnten, neue Kräfte einzustellen. Wir hegen die Hoffnung, daß in Auswirkung der großen Anfordungsprogramme der Reichsregierung auch hier wieder Tausende und aber Tausende von der Straße weggenommen werden und damit wieder die Möglichkeit bekommen, für ihre Familien das zu verdienen, was sie zum Lebensunterhalt brauchen. Die badische Regierung steht zum Mittelstand so, wie es für eine nationalsozialistische Regierung eine Selbstverständlichkeit ist.

Wir wollen den Mittelstand schützen.

Wir wollen dafür sorgen, daß er nicht an die Wand gedrückt wird. Deshalb haben wir die Maßnahmen der Reichsregierung, die zum Schutz des Mittelstandes ergriffen wurden und ergriffen werden, begrüßt. Wir haben die höhere Besteuerung der Warenhändler, der Konsumvereine und der Großhändler begrüßt, die diese Maßnahmen noch in stärkerem Ausmaß aufgebaut werden, und haben uns in entsprechenden Anträgen an die Reichsregierung gewandt.

Wir sind der Meinung, daß im Interesse einer gesunden Staats- und Wirtschaftspolitik für den Mittelstand nicht genug getan werden kann. Wir werden nicht müde werden, in dieser Hinsicht bei den maßgebenden Stellen vorstellig zu werden.

Wir haben auch bei den Arbeitsverordnungen der staatlichen Stellen Umstellungen vorgenommen, und wir freuen uns darüber, daß fast restlose Einigkeit zwischen den staatlichen Behörden einerseits und den Vertretern der Gewerkschaften andererseits erzielt wurde.

Wenn ich ein Wort über

die badische Industrie

sagen darf, so muß ich feststellen, daß unsere Industrie natürlich unter schwierigen Umständen arbeitet. Die Grenzlandlage unseres Landes und die fruchtungsunfähige Lage bedingt Erschwerungen für unsere Industrie. Um so erfreulicher ist es, daß die Industrie trotz dieser Schwierigkeiten sich durchgesetzt hat und daß wir in Baden Unternehmungen haben, die Welttrugentdecken und die durch die Schwere der letzten 14 Jahre dank der Energie der Besitzer und dank der Treue und Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter und Angestellten bis zum heutigen Tage durchgehalten haben.

Wenn die Wirtschaft sich beleben soll, so braucht sie eines, und das ist Ruhe. Deshalb lehnt die badische Regierung entsprechend den Anweisungen der Reichsregierung jeden Eingriff in wirtschaftliche Unternehmungen grundsätzlich ab. Sie bemüht die Gelegenheit, um auch von dieser Seite aus zu betonen, daß sie in kürzester Form gegen diejenigen eingreifen wird — sie mögen kommen, woher sie wollen, — die die Wirtschaft durch unbefugte Eingriffe beunruhigen.

Bekanntnis zum Berufsbeamtentum

Wenn ich nun zur Staatsverwaltung übergehe, so ist es mir und der Regierung ein

äußerst gute. Wir glauben, wenn in dieser Richtung der leitenden Politik fortgeföhren wird, daß auch hier Entlastungen für uns in Baden dadurch kommen, daß es uns gelingt, erstens die Waldarbeiter in Nahrung zu sehen und zweitens die Existenz, die sonst mit dem Holz verknüpft sind, wieder lebensfähig zu machen.

Die badische Regierung sieht es weiter als ihre Aufgabe an, im Rahmen der vorhandenen Mittel

Meliorationen

durchzuführen. Sie arbeitet hier in enger Gemeinschaft mit dem Arbeitsdienst, mit dem seither freiwilligen Arbeitsdienst, später mit der Arbeitsdienstpflicht. Sie will alles tun, um durch den Einsatz dieser jungen Kräfte unseres Volkes neues Land zu gewinnen, das wir für die Ernährung unseres Volkes brauchen können. (Beifall.)

Auch der Siedlung bringt die badische Regierung großes Interesse entgegen, und sie hat alle Maßnahmen ergriffen, um auch hier Möglichkeiten der Siedlung in Baden zu schaffen. Wenn ich jetzt hier die Landwirtschaft als erste behandelt habe, so heißt das nicht etwa, daß wir die anderen Stände für weniger wichtig halten. Die badische Regierung sieht sich genau so verbunden mit der badischen Arbeitererschaft wie mit der badischen Landwirtschaft. Die badische Regierung freut sich darüber, daß durch

Herzensbedürfnis, der Beamtenschaft Dank zu sagen für das, was sie in den letzten Monaten geleistet hat. Es war keine leichte Arbeit. Wir können mit Freude feststellen, daß die übergroße Mehrzahl der Beamten sich freudig und selbstlos der nationalen Erhebung gestellt hat und ihre Pflicht und zum Teil sogar noch mehr als ihre Pflicht getan hat. (Bravorufe aus der nationalsozialistischen Fraktion.) Wir sind stolz darauf, das hier betonen zu können.

Die badische Regierung steht wie die Reichsregierung auf dem Boden des Berufsbeamtentums. Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums gibt ihr die Möglichkeit, diejenigen Beamten auszuscheiden, die ohne Eignung sind und aufgrund parteipolitischer Bindungen in das Beamtenverhältnis hineinkamen. Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß es nicht so ist, daß die badische Regierung etwa die Beamten deshalb entlassen würde, weil sie nicht der nationalsozialistischen Bewegung angehören. Es ist eine vollkommen falsche Einstellung, wenn man uns das unterstellt. Wir verlangen nicht von einem Beamten, daß er bei uns eintritt. Dazu sind wir viel zu stolz und zu charaktervoll. Wenn wir selbst Charakter haben, wollen wir auch keine Charaktere zerbauen. (Zustimmung und Bravorufe von verschiedenen Seiten.) Was wir von den Beamten erwarten und verlangen müssen, ist das, daß sie sich in den Dienst des Neuaufbaues stellen und daß sie loyal mit uns gemeinsam am großen Werk arbeiten.

Angehörige der SPD. haben in unserer Beamtenschaft selbstverständlich nichts zu suchen. Denn darüber wollen wir uns klar sein, wenn ein Mensch erklärt, daß sein Vaterland Ausland ist, dann kann er nicht in einem Staat Dienst tun, der nicht russisch ist. Wir müssen es infolgedessen ablehnen, Leute, die der SPD angehört oder angehört, als Staatsbeamte zu beschäftigen.

Die Zugehörigkeit zur SPD. und zum Zentrum, also zu den Parteien, die während ihrer Regierungstätigkeit den Beamten die Zugehörigkeit zur NSDAP. unterzogen haben, ist kein Grund zur Entlassung. Das möchte ich ganz ausdrücklich feststellen.

Ich stelle aber auch weiter fest: Die Zugehörigkeit zu diesen Parteien schützt jedoch auch nicht vor Entlassung, wenn es sich um Parteibuchbeamte, Schäblinge oder Männer mit antinationaler Einstellung handelt. (Bravorufe aus der nationalsozialistischen Fraktion.) Um es ganz klar auszubringen: Der Zentrumsmann und Stillerbeispieler Hilbert wäre für uns als Beamter genau so untragbar wie der Willinger Revolutionär Kemmle oder der Geschäftspolitiker von Au. Ich wollte das ganz klar und eindeutig feststellen, damit hier gar keine Verwechslungen entstehen.

Die Polizei

Es ist mir eine Pflicht, den Polizeibeamten und Mannschaften des Sicherheitsdienstes zu danken für die vorbildliche Pflichterfüllung, die sie in den letzten drei Monaten bewiesen haben. Wir freuen uns, daß die Polizei heute wieder eine Volkspolizei geworden ist. (Zurufe: Sehr richtig.) Das sieht man daran, daß sie sehr wenig in Aktion zu treten braucht. Der Gummiknüppel ist augenblicklich mehr zur Zierde als zur Benutzung da. (Seitertell.) Wir wollen nur hoffen und wünschen, daß niemals wieder Zeiten kommen, wo die Polizei gegen das Volk in den Formen vorgehen muß, wie wir das in den letzten 14 Jahren erlebt haben.

Die Schulkraft.

Sentimentalitäten, meine Herren, sind hier schlecht am Platze; wenn man bedenkt, was verschiedene dieser Herren auf dem Kerbholz haben, so muß man sagen, daß das Leben, wie sie jetzt es führen, vielleicht noch ein zu gutes ist und daß es bei Gott für das, was sie unserem Volk

und Vaterland angetan haben, keine Strafe bedeutet (Sehr richtig, Sehr gut!).

Wir werden — das sei hier ausdrücklich festgestellt — die führenden Männer des Marxismus noch in Haft behalten, und von diesem Grundsatze werden wir durch keine Resolution und kein Bitten und Betteln abbringen lassen. Die kleinen Verführten werden wir einen nach dem anderen laufen lassen, wenn wir zu der Meinung gelangt sind, es sei Gewähr dafür geboten, daß sie keine Unruhe in die Bevölkerung hineinbringen.

Hilfe für die Gemeinden.

Ein Wort zu den Gemeinden. Die Gemeinden befinden sich in einer furchtbaren Lage. Sie wissen nicht mehr, wo sie das Notwendigste herbringen sollen, um ihre Erwerbslosen zu bezahlen. Das Land steht sich außerstande, hier helfend einzugreifen; denn dem Lande fehlen die Mittel. Wir wissen aber, daß bei der Reichsregierung Maßnahmen vorbereitet sind, die eine Umstellung der gesamten Erwerbslosenfrage bringen sollen und wir sind der Überzeugung, daß, sobald diese Umstellung kommt, sie auch den Gemeinden eine Entlastung bringen wird und daß auch die Gemeinden wieder in die Lage kommen werden, freier zu atmen, weiß dann der ungeheure Druck von ihnen genommen werden wird.

Eine zweite schwere Belastung der Gemeinden liegt in der ungeheuren Zinsbelastung, die auf ihnen ruht; sie wissen, daß vom Reichsbankpräsidenten Verhandlungen geführt wurden und augenblicklich noch weiter geführt werden, die das Ziel haben, die Zinsbelastung unserer Volkswirtschaft, unseres Staates und unserer Gemeinden herunterzudrücken. Wir sind überzeugt, daß diese Verhandlungen von Erfolg gekrönt sein werden, sobald auch in dieser Hinsicht für die Gemeinden, eine Entlastung eintritt wird. Wenn von Seiten dieser Gemeinden und besonders von den kleineren wegen überhöhter

Bezüge der Gemeindebeamten

geklagt wird, so ist darauf hinzuweisen, daß die badische Regierung und der federführende Innenminister in den letzten Tagen eine Verordnung herausgegeben haben, die eine nochmalige und zwar energische Prüfung der Gemeindebeamtengehälter vorseht. Wir werden alles tun, um die Bezahlung der Gemeindebeamten mit der wirtschaftlichen Lage der Gemeinden in Einklang zu bringen.

Ein Wort zur Justizverwaltung. Wenn wir keinen besonderen Justizminister mehr haben, so bedeutet das nicht etwa, daß wir die Rechtspflege als etwas Nebenwichtiges oder gar als etwas Minderwertiges bezeichnet wissen wollten; nein, im Gegenteil!

Wir wollen dem deutschen Recht zum Durchbruch verhelfen.

Wir stehen weiter auf dem Standpunkt, daß nur Deutsche deutsches Recht sprechen können (Sehr richtig!); wir haben entsprechende Maßnahmen eingeleitet. Aufgrund der bestehenden Gesetze können wir allerdings diesen Grundsatze nicht restlos zur Durchführung bringen. Aber ich stelle fest: Als Ziel schwebt der badischen Regierung vor Augen, daß nur Deutsche deutsches Recht sprechen können (Sehr gut!).

Wenn ich hier zu den Fragen Stellung nehme, die das Kultus- und Unterrichtsministerium berühren, so möchte ich mich kurz fassen; ich darf hier auf die grundlegenden Ausführungen verweisen, die der Herr Minister Dr. Wacker am Rundfunk gemacht hat. Die badische Regierung steht hinter diesen Ausführungen. Sie begrüßt es, wenn der Minister die

Volksschule als den Lebensnerv der Nation

bezeichnet und wenn er in ihr das Fundament sieht, auf dem die geistige Haltung eines Volkes aufgebaut wird; wir werden alles einsehen, um unsere Volksschule zu dem zu machen, was wir brauchen, und unserem Volk die Bildung mitzugeben, die es haben muß, wenn es seinen Platz an der Sonne wieder erkämpfen will.

Besonders hat sich die Regierung darüber gefreut, daß es dem Unterrichtsminister möglich war, 300 Junglehrer wieder in die Schule zu bringen und damit den schweren seelischen Druck, der auf diesen jungen Menschen gelastet hat, von ihnen zu nehmen.

Für das gesamte Schulwesen gilt für uns Eines: Die Schulen sollen nicht nur Wissen vermitteln, sondern sie sollen Charaktere bilden (Beifall). Es ist nicht nur das Zeugnis, nicht nur die Bewertung der Leistung, die den Menschen zum Menschen macht sondern es gilt der Satz:

ein wirklicher Charakter muß einem Streber vorgezogen werden. (Erneuter Beifall.) Geben wir von dem Fall aus daß ich im Bereich meines Ministeriums, also innerhalb der Finanzverwaltung vielleicht zwei Posten zu belegen habe und daß 200 junge Menschen sich als Bewerber melden: wenn ich in einem solchen Falle nur nach dem Zeugnis gehen wollte, so hätte ich nicht die Garantie, daß ich auch wirklich den wertvollsten Mann für jeden dieser Posten bekomme (Sehr richtig! Sehr gut!). Deshalb ist es notwendig, daß künstlich auch in den Schulen der Charakter in ganz anderer Weise bewertet wird, als dies seither der Fall war. Wir sind überzeugt, daß das nicht leicht sein wird — aber es muß erreicht werden. (Schluß folgt.)

Paul Keller

Intermezzo beim Wein

Mit Genehmigung des Bergstadtverlages, Breslau, haben wir obiges Kapitel, das die bis ins kleinste gehenden politischen Meinungsverschiedenheiten und Ueberempfindlichkeit der endlich überwundenen Nachkriegszeit schildert, dem Roman von Paul Keller „Die vier Einsiedler“ entnommen, der schon als Volksausgabe für 2.85 RM. erschienen ist.

Wer je einmal längere Zeit Gast an einem Stammtische war, wird diese Beobachtungen gemacht haben:

Stammtische sind Auskunftsstellen über alle Nichtanwesenden und Aburteilungsgerichte ohne Untersuchung und ohne Erbarmen;

Stammtische sind Nachrichtenbüros über alle möglichen politischen, wirtschaftlichen und privaten Dinge, ohne daß (klugerweise) Gewähr geleistet wird;

Stammtische sind Paradeplätze für alle Dilettanten, die dort ihre Rednertribünen aufrichten, sei es in politischer, literarischer, philosophischer oder Gott weiß für einer Richtung. Oft haben sich die Wortführer aus einem den anderen unbekanntem Buch oder aus einer Zeitschrift oder auch nur aus dem Konversationslexikon auf ein Thema, auf das sie dann geschickt die Rede hinführen, vorher „präpariert“, worauf sie die anderen als kluge Köpfe einschlagen.

Aber Stammtische haben auch ihr Gutes, wie alles in der Gotteswelt sein Gutes hat:

Stammtische sind Zufluchtsplätze aus häuslicher Enge oder junggefellener Einsamkeit, kurz, Sammelplätze für irgendwie Einfame;

Stammtische sind Inseln im ungemächlichen Lebensmeere mit fast häuslicher Behaglichkeit;

Stammtische bringen zuweilen Belehrung oder Anregung, manchmal auch etwas Trost und immer Ablenkung.

Der Major hielt seine Stammtischrede. Er führte aus: Das ganze Unglück Deutschlands komme von der Uneinigkeit des Bürgertums her. Die Macht des Proletariats beruhe auf seiner straffen Organisation. Der Prolet gehöre von der Wiege bis zur Bahre der Sozialdemokratie par ordre de Mufti an, ob er wolle oder nicht. Nach Wunsch und Meinung werde er nicht gefragt. Die Sache sei einfach. Niemand solle hoffen, daß aus der Scheidung der Proleten in drei Lager eine Schwächung des proletarischen Gedankens erfolgen könne. Im Grunde seien alle gleiche Brüder, nur unter etwas dunkler oder heller rot gefärbten Kappen, alle mit der Parole: Tod dem Bürgertum! Die Methoden seien verschieden; die einen wollten kurz zum Schickselstrahl oder Knüttel oder Messer greifen, die anderen wollten die sogenannte Bourgeoisie wirtschaftlich langsam umkommen lassen. Jedenfalls: Tod dem Bürgertum, sei die Lösung aller. In großer Majorität ständen der Sozialdemokratie die bürgerlichen Parteien gegenüber. In Wahrheit müßten sie die Herrschenden sein. Aber in jämmerlicher Zerissenheit hätten sie überhaupt keine auch nur lose Zusammengehörigkeit. Zerpfittert, recht habertlich, febricitierend, eigenständig ihre Parteiduppe locken, würden sie eines Tages der sozialistischen Minorität zur leichten Beute werden.

Die anderen widersprachen nicht. All das, was der Major gesagt hatte, waren bekannte Gedanken, aber der Major brachte sie temperamentvoll und gut vor. Er fuhr fort:

„Ich hole da ein bißchen weit aus; aber — Donnerwetter — es gibt keine einzige Frage in Deutschland, die so brennend, so einfach, so schlicht, so lebensfrage ist wie die: Ist es möglich, das Bürgertum zu einigen? Ist es möglich, den Doktrinen einzuprägen: Wichtiger als deine Rechthabererei, wichtiger als deine erbärmliche Eitelkeit, die sich partiell aufblüht, ist das Wohl des ganzen Volkes. Schafkopf! Glaubst du nicht, daß dein bürgerlicher Bruder von der Nachbarpartei eben so klug und anständig ist wie du? Mußt du ihn hassen, mußt du ihn verfolgen, in Verammungen an den Schandpfahl deiner Ärgernisse und Verdrehungen stellen, in deiner gottverfluchten Preise alle Tage beföheln und bespeien? Nicht! Du windest eines Tages unter der Stachelpeitsche des Proletariats genau so wie der andere. Denk' nur an Rußland, wo man das, was Bildung hatte, das, was bürgerlich war, einfach „abgeschliffen“ hat. Unter den Heringen mit durchschnittener Kehle liegt eines Tages auch du; ein Prolet packt dich in ein Zeitungsbüchlein mit deinen eigenen Bankartikeln und frißt dein bißchen Fett.“

Der Major sprach mehr bilderreich als gewöhnlich; aber die anderen hörten ihm gern zu; denn er sprach nach ihrer Meinung die Wahrheit.

Und der Major befiel weiter das Wort: „Ja, ich halte ein wenig weit aus, aber es gehört zur Sache, gibt erst die Folie zu dem, was kommt. Herr Kröcklein hat gestern einen Vorschlag gemacht, nachdem wir uns darüber ausgesprochen hatten, daß es eigentlich bei keinem von uns mehr recht hin und her langt, daß man

sich ja schon ein Gewissen draus machen müßte, täglich eine halbe Flasche von diesem elenden Gurkenwasser da zu trinken. Sich zusammen-tun, hat Herr Kröcklein gemeint, gemeinsame Wirtschaft führen! Das würde für alle Beteiligten vorteilhaft sein! Er will seine Fertigkeiten als früherer Schiffstoch zur Verfügung stellen. Die anderen sollen sich eben finanziell beteiligen. Schön! Ich habe mir den Vorschlag eine halbe Nacht und einen ganzen Tag lang überlegt und bin zu der Ueberzeugung gekommen, daß er vernünftig ist.“

„Ganz meine Meinung!“ rief Dr. Spelt. „Bravo!“ sagte Lowinsky.

Kröcklein erblickte ob des ihm gewordenen Erfolges und verneigte sich.

„Das heißt“, fuhr der Major fort, „immer cum grano salis. Es ist eben ein Versuch. Der Versuch, ob es 4 Bürgerliche mit verschiedener politischer Anschauung und — hm — wie soll ich sagen — hm — ja bisher verschiedener gesellschaftlicher Einschichtung mit einander ausfallen, ob sie sich vertragen, sich helfen, sich fördern können. An einen Dauerzustand denke ich nicht, es muß ja jedem mal wieder freier Weg gelassen werden. Ich denke so an eine Art gemeinsamer Notunterkunft während eines Unwetters.“

Keiner der drei anderen sagte etwas. Aus den Mienen schloß der Major, daß seine letzten

Worte nicht allgemein befriedigten. So fuhr er fort:

„Ja, meine Herren, aus meiner alten, im Kriege siebenmal gesehnen und vorher schon durch dreißig Jahre zubereiteten Haut kann ich nicht mehr raus. Umlernen, das ist für mich völlig ausgeschlossen. Proleten können mich abfehlen, aber mich zwingen, vor ihrer roten Fahne den Hut zu ziehen, das können sie nicht! Aber abgesehen davon, wir haben uns im Verlauf unserer Stammtischbekanntschaft überzeugt, daß wir zwar alle gut bürgerlich, aber trotzdem mehr oder weniger eben deshalb recht verschieden orientiert sind. Na, ich bin 'n alter Konservativer, neuerdings etwas verwachsen Deutschnational genannt; Dr. Spelt ist demokratisch und Herr Dr. Lowinsky wohl ein überzeugter Zentrumsmann. Was sind eigentlich Sie, Herr Kröcklein?“

„Parteilos, Herr Major, parteilos! Ein Koch muß parteilos sein, weil er für alle die Speisefarten zu bearbeiten hat.“ „Meinetwegen!“ knurrte der Major. Er wollte schon etwas über die „Charakterlosigkeit“ des Unparteilichseins sagen; aber er erinnerte sich noch rechtzeitig, daß er eben über den Parteihader gewettert hatte und auch Herr Kröcklein sich nicht vergrämen dürfe.

„Meinetwegen!“ wiederholte er. „Im übrigen, zum Teufel, müßte es doch gehen. Es muß doch möglich sein, daß vier Bürgerliche von

drei ausgeprochenen politischen Schattierungen und einer Farbenmischkulanz mit einander auskommen. Oder wenn das nicht geht, geht überhaupt nichts mehr — geht Deutschland vor die Hunde! Ich habe mich so offen zu Ihnen ausgesprochen, meine Herren, weil ich mich entschlossen habe, für den Fall, daß Herr Kröckleins Vorschlag angenommen wird, mit Ihnen nach Gießbrunnen zu ziehen.“

Da gab es freudige Zustimmung und helles Gläserklirren.

„Jawohl“, sagte der Major, „es muß gehen. Wir müssen im ganz Kleinen beweisen, daß friedliches Zusammengehen der Bürgerlichen, ja Zusammenhaufen im engsten Sinne möglich ist. Donnerwetter, wir müssen über den Parteizant wegkommen und könnte es auch, wenn jeder nur ein paar Böcher zurücksteckt. Weil ich deutschnational bin, müssen Sie mich deswegen gleich „Krummer Hund!, Reaktionär!, Volkswampir“ schimpfen? Weil Dr. Spelt trotz seiner hohen Intelligenz immer noch an dem banferrotten, verwachsenen Demokratismus hängt, brauche ich ihm doch nicht ins Gesicht zu brüllen: „Judenknecht! Macheherling! Abgefakelter Schmutzer!“ Und mit Dr. Lowinsky kann ich ja andere Gespräche führen als über Ignatius Loyola und die Kehergerichte und das vatikanische Konzil“ und die Maigesehe.“ Der Major glaubte, eine „Friedensrede“ gehalten zu haben, aber er war arg im Irrtum. Dr. Spelt sagte in mühsamer Beherrschung:

„Herr Major, Ihre politische Meinung in allem Respekt — aber so werden wir uns wohl kaum einigen. Der demokratische Gedanke ist weder verwachsen, noch banferrot, noch ist da etwas von Schmutzerei dabei. Bei einer solchen oder auch nur entfernt ähnlichen Partei, wie Herr Major sie zu kennzeichnen beliebte, würde ich nicht sein. Herr Major haben vorher die scharfe Scheidelinie zwischen Bürgertum und Proletariat gezeigt, die ja leider in der Tat da ist. Herr Major haben aber vergessen, daß vor 1918 noch eine ebenso scharfe Scheidelinie da war — die zwischen Bürgertum und „oben“. Die hat graufiges Geschehnis ausgelöscht; die Demokratie will verhindern, daß die andere Grenzlinie, die nach unten, nicht auf noch graufigere Art weggeräumt, sondern friedlich überbrückt werde.“

Der Major dachte: „Schmutz!“ — Berliner Tageblatt — aber er sagte: „Ich wollte weder Ihnen noch Ihrer politischen Ueberzeugung zu nahe treten, Herr Doktor. Ich meine, gerade klipp und klar dargelegt zu haben, daß bürgerlicher Parteizant das größte aller Uebel ist.“ Dr. Spelt lächelte.

„Ich glaube, Herr Major, daß jeder Parteimann so denkt. Er hätte gern alles Parteigekänk beseitigt, und wenn sich nur alle Gegner zu seiner Ansicht bekehrten, schlüße er gern den tiefsten Frieden.“

Der Major sah stumm in sein Glas. Nun meldete sich Doktor Lowinsky. Der sonst so bescheidene, blasse Mann hatte einen roten Kopf.

„Herr Major, auch ich als Katholik und Anhänger des Zentrums muß gegen einige Ausführungen des Herrn Major Verwahrung einlegen. Ueber Ignatius von Loyola urteilt der unparteiliche Historiker längst anders, als sein Herr Major in seinen Schölen, aus seinen Büchern und in seiner Umgebung kennengelernt haben mag. Die Beschlässe des vatikanischen Konzils kann ein Protestant nicht verstehen, und die Maigesehe waren eine Gemeinheit und eine Dummheit.“

Das war Dr. Lowinsky's mutigste Rede all sein Leben lang.

Der Major trank in tiefstem Verdruf sein Glas aus.

„Na, und was sagen sie, Herr Kröcklein?“ Kröcklein neigte schwermütig den Kopf.

„Mir scheint, die Suppe ist bereits versalzen und außerdem angebrannt.“

„Das scheint mir auch so; meine bürgerlichen Einigungsbestrebungen sind gefeheitert“, sagte der Major. Er grüßte kurz und ging. Die anderen gingen auch.

An den nächsten drei Tagen dachte jeder der vier: Ich gehe nicht hin. Mügen sie warten. Aber es wartete keiner; denn es war ja keiner da.

Am vierten Tage um fünfeinhalb Uhr begegneten sich die vier fast unter der Tür der Weinstube. Sie hatten alle ihren Stolz überwunden; denn sie dachten sich, es ist immer noch besser, bürgerliche Kompromisse zu schließen, als eines Tages, vom Volkswismus gezwungen, auf der Straße Streichhölzer zu verkaufen wie in Moskau.

Verlegen gingen sie nach ihren Plätzen. Der Wirt brachte den Wein.

„Na, zum Wohl!“ sagte der Major. „Ich hatte die drei Tage mal wieder mit meinem alten Schühengraben-Rheuma zu tun, daß sich die Herren nicht wundern!“

„Ja“, sagte Dr. Spelt, „ich konnte auch nicht kommen. Ein alter Bekannter war da, dem müßte ich Breslau zeigen.“

„Ich habe 'ne Nachhilfestunde angenommen“, sagte Dr. Lowinsky, „sie aber wieder abgeben.“

„Oh“, lachte der Major grimmig; „oh, Kröcklein, da haben Sie wohl hier mutterje-lenallein gelesenen?“

„Gardon, Herr Major, nein, ich konnte nicht kommen. Es war ein Geschäftsfreund von mir aus Pregelwoda da.“

Achtung! Hier Südfunk!

Wochenprogramm vom 11. Juni bis 17. Juni 1933.

Radio-Strauss

Karlsruhe 16888 Kaiserstraße 46 Telefon 5015

Das führende Rundfunk-Spezialgeschäft
Telefunken-Geräte auf Vollzahlung bei geringer Anzahlung und niedriger Ratezahlung
TELEFUNKEN-SCHALLPLATTEN
und NS-SCHALLPLATTEN

Sonntag, 11. Juni. 6.15 Vorfestkonzert. 7.30 Sonntaglieder. 8.00 Nachrichten. 8.30 Katholische Morgenfeier. 9.20 Bayerische Weberschule. 10.00 Evangelische Morgenfeier. 11.30 Vorkonzert. 12.00 Mittagskonzert. 13.20 Schallplattenkonzert. 14.05 Stunde des Handwerkers. 14.30 Höre zeitgenössischer Meister. 15.00 Stunde der Jugend. 16.00 Radio: Endspiel um die deutsche Fußballmeisterschaft. 18.10 Mitternacht in der Kabinenküche. 19.00 Aus Gießen: Untere Seite. 20.00 Abendkonzert. 21.40 „Viel Scherz“. 22.20 Nachrichten. 22.45 Nachtmusik und Tanz.

Montag, 12. Juni. 6.00 Zeitangabe, Wetterbericht, Summnacht. 7.00 Nachrichten. 7.10 Frühkonzert. 9.00 Orchestermusik. 10.00 Nachrichten. 12.00 Mittagskonzert. 13.15 Nachrichten. 13.30 Bunter Blumenstrauß. 14.00 Kunstverbindungskonzert. 14.30 Schallplattenkonzert. 15.00 Die Schöne und das Biest. 16.00 Nachrichten. 17.00 Spantischer Sprachunterricht. 18.00 Englischer Sprachunterricht. 18.30 Nachrichten. 19.00 Deutschland Seine Führer und Gestalter. Hermann Göring. 19.30 Nachrichten. 19.40 Stunde der Nation. 20.00 Deutscher Abend. 21.00 Schallplatte Nr. 5 von Beethoven. 22.00 Nachrichten. 22.45 Nachtmusik.

Dienstag, 13. Juni. 6.00 Zeitangabe, Wetterbericht, Summnacht. 7.00 Nachrichten. 7.10 Frühkonzert. 9.00 Nachrichten. 10.10 Querflöte durch „Nigolotto“. 10.40 Deutschland. Seine Führer

20.45 Große Redner der Nationen. Über Fremdwörter. 21.05 Stunde des Soldaten. 22.10 Nachrichten. 22.30 Stunde des Theaters. 23.00 Aus Köln: Nachtmusik.

Donnerstag, 15. Juni. 6.30 Frühkonzert. 8.00 Nachrichten. 8.30 Katholische Morgenfeier. 9.20 Orchestermusik. 10.00 Mitternacht. 10.40 Vierter. 11.00 Kunststücke. 12.00 Mittagskonzert. 13.00 Mittagskonzert. 15.00 Volkslieder. 15.30 Stunde der Jugend. 16.30 Nachmittagskonzert. 18.00 Radio: „Wohlerwacht“. 18.30 Nachrichten. 19.00 Radio: 20.05 Vom Truppenübungsplatz Mühlingen. Wiesbaden. 21.00 Die heilige Cäcilia. 21.30 Musikalisches Arierlei. 22.20 Nachrichten. 22.45 Tanzmusik.

Emil Schmidt G. m. H.
Hebelstr. 3 u. Waldstr. geg. Kaffee Museum, Tel. 6440
Zentralheizung
Küchenherdheizung

Freitag, 16. Juni. 6.00 Zeitangabe, Wetterbericht, Summnacht. 7.00 Nachrichten. 7.10 Frühkonzert. 9.00 Nachrichten. 10.10 Deutsche Arien. 10.40 Klavierkonzert. 12.00 Promenadenkonzert. 13.00 Schallplatten. 13.15 Uhr Nachrichten. 13.30 Aus

Fahrschule Scharmann

empfehlend sich für gewissenhafte Ausbildung. 18768 Telefon 5070

und Gestalter. Hermann Göring. 12.00 Mittagskonzert. 13.15 Nachrichten. 13.30 Das deutsche Volkstheater. 14.00 Kunstverbindungskonzert. 14.30 Englischer Sprachunterricht. 15.30 Blumenstrauß. 16.00 Frauenstunde. 16.30 Unterhaltungskonzert. 18.00 Aus dem deutschen Grenzland in Amerika. 18.25 Stunde der Nation. 20.00 Weltpolitischer Monatsbericht. 20.25 Opernmusik. 21.20 Gräbte, Komrad! Eine Viertelstunde der alten Frontsoldaten. 21.40 Schallplatten. 22.25 Nachrichten. 23.00 Nachtmusik.

Vorjüngs Opern. 14.00 Kunstverbindungskonzert. 14.30 Englischer Sprachunterricht. 15.00 Eberstunde. 16.30 Nachmittagskonzert. 18.00 Aus Kollonik in Südbahnen. 18.25 Die Halle in den Weltkriegen. 19.00 Stunde der Nation. 20.05 Letzter Akt. 21.05 Nachtliche Dichter. 21.25 Orchesterkonzert. 22.20 Nachrichten. 22.45 Nachtmusik.

Polstermöbel Matratzen 19483
Oskar Frey - Tapeziermeister
Akademiestr. 35, neben Passage
Großes Lager Reparaturen

Radio-Anlagen 21688
(Stets Gelegenheitskäufe). — Sämtliche Fabrikate.
Licht- und Kraftanlagen. Elektrische Bedarfsartikel.
Friedr. Heger, Ing. - Sofienstr. 117, Tel. 4124

Mittwoch, 14. Juni. 6.00 Zeitangabe, Wetterbericht, Summnacht. 7.00 Nachrichten. 7.10 Frühkonzert. 9.00 Nachrichten. 10.10 Vierter von Beethoven. 12.00 Schallplattenkonzert. 13.30 Mittagskonzert. 14.30 Kunstverbindungskonzert. 14.45 Aus Karlsruhe: Zur Aktion gegen die Schmutz- und Schundliteratur. 15.30 Kinderstunde. 16.30 Nachmittagskonzert. 17.50 Volkslieder. 19.00 Stunde der Nation. 20.05 Johannes Brahms.

Samstag, 17. Juni. 6.00 Zeitangabe, Wetterbericht, Summnacht. 7.00 Nachrichten. 7.10 Frühkonzert. 9.00 Nachrichten. 10.30 Schallplattenkonzert. 11.45 Kunstverbindungskonzert. 12.00 Wetterbericht. 12.20 Der Rimmerkasten. 12.50 Schallplattenkonzert. 13.30 Mittagskonzert. 14.30 Nachrichten. 15.30 Orchesterkonzert. 16.30 Stunde der Jugend. 16.30 „Erde“. 17.00 Chorale. 17.30 Schallplatten. 18.00 Der Meister Weg in Leobenbüren. 18.50 Nachrichten. 19.00 Stunde der Nation. 20.10 Berliner Vorträge. 22.00 Nachrichten. Wäcker-Verbreitung Schallplattenübertragung aus Karlsruhe. 23.00 Nachtmusik.

RADIO-DIEMER
Lenzstraße 5 (bei der Hirschbrücke) Telefon 7831
Mitglied des Reichsverb. Deutsch. Funkhändler

Der anerkannte Fachmann
liefert die gediegene Radio-Anlage zu erschwinglichem Preis bei günstigen Zahlungsbedingungen.
Die besten Fabrikate stets am Lager. ●

Der **„NS.-Funk“** die einzige, parteiamtlich anerkannte Rundfunkzeitschrift d. Nationalsozialisten, ist die führende Funkzeitung im Reich und das Blatt aller deutschen Hörer
Anmeldung: **Gaurundfunkstelle Baden, Karlsruhe, Kaiserstr. 123 III.**

HANDEL UND WIRTSCHAFT

Regierung schafft Arbeit

Ein Ueberblick über das Geleß zur Verminderung der Arbeitslosigkeit

Das Reichsfinanzministerium verabschiedete am 31. Mai ein vom Reichsfinanzminister vorgelegtes Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, durch das der Reichsfinanzminister ermächtigt wird, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Gesamtbetrag bis zu einer Milliarde Reichsmark für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, insbesondere auf dem Gebiete der Wohnungsinstandsetzung und des Siedlungswesens auszugeben. Der Reichszentralrat regte an, darüber hinaus einige großzügige Arbeitsprojekte für die Grundstücks- und Wohnungswirtschaft beschleunigt in Angriff zu nehmen. Es wurde beschlossen, eine Kommission unter Führung des Reichsbankpräsidenten einzusetzen, die die mit diesem Arbeitsbeschaffungsprogramm zusammenhängenden Finanzfragen bearbeitet und insbesondere allein und autoritativ bevollmächtigt sein soll, alle den Geld- und Kapitalmarkt betreffenden Angelegenheiten zu regeln und zu überwachen, damit nicht Störungen am Geld- und Kapitalmarkt durch falsche Dispositionen oder Eingriffe nichtverantwortlicher Stellen eintreten.

Im einzelnen zerfällt das verabschiedete Gesetz in folgende sechs Abteilungen:

1. Arbeitsbeschaffungsdarlehen.
2. Steuerfreiheit für Erbschaftssteuerleistungen.
3. Freiwillige Spende zur Linderung der Arbeitsnot.
4. Ueberführung weiblicher Arbeitskräfte in die Hauswirtschaft.
5. Förderung der Ehedienstleistungen.
6. Durchführungsbefugnisse.

Von diesen Abteilungen besitzen die zu 1, 2 und 5, besondere Bedeutung. Sie enthalten u. a. folgende Bestimmungen:

Arbeitsbeschaffung:

Das Reich gewährt den Ländern, Gemeinden und sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts zinslose Arbeitsbeschaffungsdarlehen zur Durchführung von Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten an Verwaltungs- und Wohngebäuden, Brücken und sonstigen Bauten der Länder und Gemeinden, ferner an landwirtschaftlichen Betrieben, ferner für die Teilung von Wohnungen und den Umbau von gewerblichen Räumen zu Wohnräumen, weiter für landwirtschaftliche Siedlungen, für Flußregulierungen, für Arbeiten der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung, für Tiefbauarbeiten und für Sachleistungen an Hilfsbedürftige. Davon gelten als verlorene Zuschüsse die Zuwendungen an den Hausbesitzer für Hausreparaturen, die Zuschüsse für Flußregulierungen, für Tiefbauarbeiten und für Sachleistungen an Hilfsbedürftige.

Zur Finanzierung dieser Arbeiten hat der Reichsfinanzminister die Ermächtigung erhalten, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Gesamtbetrag bis zu einer Milliarde Reichsmark auszugeben. Diese Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen werden der Gesellschaft für öffentliche Arbeiten in Berlin zur Verfügung gestellt. Die Anträge auf Darlehen sind beim Reichsarbeitsministerium einzureichen, das einen Bewil-

ligungsbescheid erteilt. Auf Grund dieses Bescheides darf der Empfänger auf die Gesellschaft für öffentliche Arbeiten einen Wechsel ziehen, in dem er als Remittenten den Lieferanten angibt.

Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen genießen die Reichsgarantie in Form der eine Milliarde Reichsmark ausweisenden, die damit als zusätzliche Deckung für die Wechsel anzusehen ist. Diese Form wurde gewählt, da die Reichsbank nach den Bestimmungen des Bankgesetzes über drei Monate laufende Wechsel nicht diskontieren darf, da sie auch nicht Reichsschatwechsel über einen Betrag über 400 Millionen Reichsmark in Diskont nehmen darf. Es ist dafür Sorge zu tragen, daß neben diesen neuen Wechseln nicht gleichzeitig auch die Reichsbankausweisungen in Umlauf kommen, weil unter diesen Umständen nicht eine, sondern bis zwei Milliarden neue Kredite geschaffen würden. Die Begabung soll Zug um Zug nach Maßgabe der Inanspruchnahme der Projekte erfolgen, wobei zweifelslos auf die Marktlage wie die Lage der Reichsbank weitgehend Rücksicht genommen werden dürfte.

Die Summe von einer Milliarde wird zu je einem Fünftel in die Reichsbankhaushaltspläne der nächsten fünf Jahre eingestellt und auch abgedeckt. Zur Vorbereitung der Abdeckung wird bereits jetzt ein Arbeitsbeschaffungs-Tilgungsfonds geschaffen; in den Kiechen: die Jahrestilgungsbeträge, die die Länder und Gemeinden aus den gewährten Darlehen an das Reich laufend zurückzahlen haben, ferner die Schenkungswilligen, Schuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen der freiwilligen Arbeitsbeschaffungsvereine und schließlich die Tilgungsbeträge aus den Arbeitsbeschaffungsdarlehen, die an das Reich zurückfließen.

Mit dem ins Auge gefaßten speziellen Programm für Tiefbauarbeiten hofft das Reich schon in den nächsten Wochen etwa 400 000 Erwerbslosen Arbeit zu verschaffen. Mit der Durchführung dieser Tiefbauarbeiten muß spätestens bis zum 1. August 1933 begonnen werden.

Alle Arbeiter müssen durch menschliche Arbeitskraft auszufüllen sein, soweit nicht maschinelle Hilfsmittel unbedingt erforderlich sind. Die zu diesen Arbeiten heranzuziehenden Arbeitslosen werden von den Bestimmungen über das normale Dienst- und Arbeitsverhältnis nicht berührt. Die Sinngemessen erhalten die ihnen zustehende Arbeitslosenvergütung, zweitens von den Trägern der Arbeit pro Tag eine warme Mahlzeit, drittens vom Reich alle vier Wochen einen Bedarfsdeckungsschein im Werte von 25 RM., der zum Bezug von Kleidung, Wäsche und Hausrat berechtigt.

Steuerfreiheit

Aufwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Maschinen, Geräten und sonstigen Gegenständen eines gewerblichen oder landwirtschaftlichen Betriebes können im Steuerabchnitt der Anschaffung oder Herstellung voll abgezogen werden von dem steuerbaren Einkommen, wenn der

neue Gegenstand inländisches Erzeugnis ist und nach dem 30. Juni 1933 und vor dem 1. Januar 1935 angeschafft oder hergestellt worden ist. Bedingung ist ferner, daß der neue Gegenstand einen gleichartigen verbrauchten Gegenstand des Gebietes ersetzt, und daß sichergestellt ist, daß die Verwendung des neuen Gegenstandes nicht zu einer Minderbeschäftigung von Arbeitnehmern führt.

Förderung der Ehedienstleistungen.

Das Gesetz sieht vor, daß jungen Leuten, die heiraten wollen, Ehestandsdarlehen im Betrage bis zu 1000 RM. zinslos geben werden können, zur Einrichtung einer kleinen Wohnung, unter der Bedingung, daß die künftige Hausfrau in den letzten zwei Jahren mindestens sechs Monate in einem Arbeitsverhältnis gestanden hat und ferner, daß sie sich verpflichtet, eine selbständige Erwerbstätigkeit solange nicht aufzunehmen, solange der Ehemann über 125 RM. im Monat verdient und solange nicht das Ehestandsdarlehen restlos getilgt ist.

Die Tilgung des Darlehens erfolgt in Monatsraten von 1 Prozent der dargelegten Summe. Das Darlehen wird nicht in bar gegeben, sondern in der Form eines Bedarfsdeckungsscheines zum

Urlaubsregelung für den deutschen Arbeiter

Der Leiter des Tarifamtes der Deutschen Arbeitsfront teilt mit:

In unerträglichem Maße häufen sich die Beschwerden über rigorose Urlaubsregelungen, sowie über Herabdrückung des Lohnes in Urlaubsfällen. Ein beträchtliches Verbot ist heute in der Zeit der aufsteigenden Wirtschaftskurve durch nichts zu rechtfertigen. Wer weiterhin noch versucht, den deutschen Arbeiter weiter als Ausbeutungsobjekt zu behandeln, verdient es nicht, als deutscher Unternehmer geachtet und behandelt zu werden. Die bisherige Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts fußt auf marxistischem, also arbeiterfeindlichem Recht. In einem deutschen Arbeitsrecht wird der Urlaubsanspruch die ihm gebührende Regelung finden. Bis zur gesetzlichen Regelung wird angeordnet:

1. Für das Jahr 1933 darf die Urlaubsdauer gegenüber den Vereinbarungen für das Jahr 1932 nicht gekürzt werden.

2. In jedem Falle ist die Urlaubszeit, soweit nicht tariflich etwas günstigeres vereinbart ist, der volle ungekürzte Wochenlohn unter Zugrundelegung der 48-Stunden-Woche zu zahlen, also auch dann, wenn verkürzt gearbeitet worden ist.

Es wird von jedem deutschen Unternehmer erwartet, daß er in Erkenntnis der heutigen Zeit und in Würdigung des menschlichen und des Arbeitsrechts seinem Arbeiter gern und freudig das gewährt, was er für sich selbst zweifelslos in An-

bezug von Möbeln und Hausgerät. Der Bedarfsdeckungsschein wird dem Möbelhändler dann durch das zuständige Finanzamt in bar umgetauscht.

Die Mittel für die Ehestandsdarlehen werden aufgebracht durch eine Ehestandshilfe, die von allen ledigen Männern und Frauen entrichtet werden muß. Der bisherige Vermögenszuschlag zur Einkommensteuer fällt weg. An seine Stelle tritt die etwas höhere Ehestandshilfe, deren Beträge aber nicht dem allgemeinen Staatshaushalt zufallen, sondern einem lediglich zur Finanzierung der Ehestandsdarlehen bestimmten Fonds.

Die Regierung hofft, auf diese Weise die Möglichkeit von Ehestandsdarlehen rund 150 000 neuen Beschäftigten in einem Jahr zu schaffen, was auf der anderen Seite die Verjüngung von 150 000 erwerbslosen Frauen bzw. ihre Herausziehung aus dem Produktionsprozess und die entsprechende Freimachung der von ihnen bisher innegehaltenen Erwerbsstellen für Männer bedeuten dürfte.

Punkt 3 will auf die Wege über eine Soende zur Förderung der nationalen Arbeit allen Leuten, die irgend wie glauben, sich der Steuerentlastung schuldig gemacht zu haben, die Möglichkeit geben, diese Steuern nachzuschulen, ohne daß sie der Gefahr einer Bestrafung ausgesetzt sind. Schließlich will Punkt 4 eine stärkere Einstellung von weiblichen Hilfskräften in der Hauswirtschaft dadurch erreichen, daß Haushaltungsstellen bei der Besteuerung ihres persönlichen Einkommens diese Hilfskräfte als „mindererbäugliche Kinder“ in Anrechnung gebracht werden, wodurch sich die von ihnen zu entrichtende Einkommensteuer wesentlich ermäßigt.

Alles in Allem genommen ist dieses gigantische Gesetzeswerk unbedingt dazu angetan, fühlbare Besserung am Wirtschafts- und Arbeitsmarkt zu schaffen; es bedarf dazu der restlosen Eingabe und Mitarbeit aller maßgebenden Stellen.

Sozialsendendirektor Ga.

Landestarifvertrag im Galtwirts-gewerbe

Karlsruhe, 9. Juni. Da die Reichsregierung in wiederholten Erklärungen gewinnlos hat, daß zuerst in Geltung gemeiner Tarifverträge verlängert werden und Tarifkämpfe zu vermeiden sind, hat sich der Badische Galtwirtsverband veranlaßt gesehen, den Schiedsgericht der Schlichterkammer für Süddeutschland vom 13. Januar 1933 mit den nachträglichen Abänderungen über die Schaffung eines Landestarifvertrages (Mantel- und Lohn-tarifbestimmungen) über denn ursprünglich vorgesehenen Zeitpunkt, den 31. Mai 1933 hinaus, zu verlängern. Der Landestarifvertrag hat daher zunächst bis zum 31. Dezember 1933 Gültigkeit.

Wirtschaftsbelebung

Die Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung wirken sich jetzt schon aus. Trotzdem eigentlich das große Wert noch bevorsteht und erst kleine Anfänge zu verzeichnen sind hat die Zementindustrie bereits eine Steigerung des Absatzes um 15 Prozent im letzten Monat zu verzeichnen. Die Konjunktur wird sich noch bedeutend steigern, wenn der gewaltige Plan des Straßenbaues in die Wirklichkeit umgesetzt wird.

Börsen und Märkte

Berliner Börse

Berlin, 9. Juni. Die Erklärung des Transferrorministers hat die Börse heute überaus günstig beeinflusst. Die Tendenz war anfangs zurückhaltend, da man zunächst einmal die Ausführungsbestimmungen zu der Transferregelung abwarten will. Auch die Rückführungen im Ausland werden abgewartet. Das günstige Echo in Amerika und die Aufnahme in England wurden mit Verwunderung vermerkt. Die Tendenz erhellte durch weitere Stillhaltungen eines Privatbankhauses und Anschaffungen eines öffentlichen Instituts einen guten Rückhalt, so daß sich die Kurse im Verlauf etwas bessern konnten. Die Stillhaltungen der letzten Tage und auch heute waren nicht unbedeutend, so daß man annimmt, daß auch Umwidmungen von Wertpapieren erfolgt sind, da die Kurse nennenswerte Steigerungen nicht erzielten. Von besonderem Interesse für die Börse ist die Schaffung einer Transferrormasse, da man hofft, daß die in dieser Masse gesammelten Gelder früher oder später am Anlagemarkt in Erscheinung treten werden. In London gaben die „Young“ und „Dunlop“ den größten Teil ihres gestrigen Gewinnes wieder her, da auch die Reparationsarbeiten von dem Moratorium betroffen werden. Im einzelnen lagen Reichsbank (plus 2,75) fest. Braunkohlenwerte liegen ebenfalls ihre Aufwärtsbewegung fort. Rheinische Braunkohlen gewannen 1,5, Niederlausitzer 4. Auch für einige Aufbaumärkte bestand Interesse. Waber, Motoren waren auf die Abgabeverpflichtung im laufenden Jahr 1,5 Proz. befestigt. Montanwerte drückten überwiegen ab. Auch Elektrowerte waren eher schwächer, obwohl in diesen Stillhaltungen beobachtet wurden. Unterdrückt lagen Petroleum (minus 2,25) Rohölwerte gaben bis 3 Proz. nach, nur Westeregeln 2 Punkte höher. Am Rentenmarkt füllten Stillhaltungsmaßnahmen ihre geringen Verluste wieder auf. Interesse bestand für Schuldgebiet. Alt- und Neudienst waren befestigt.

Am Geldmarkt entspannte sich Tagesgeld auf 4%. Der Dollar war mit 4,08% erhöht. In der englischen Presse hat man den Amerikanern abschließende Manipulationen vorgeworfen, da die letzte Abschwächung von Amerika ausging.

Frankfurter Börse

Frankfurt a. M., 9. Juni. Tendenz: still. Die Börse lag sehr ruhig. Das Publikum ist in Bezug

auf eventuelle politische Einflüsse auf die Börse sehr skeptisch geworden. Verschieden wurde lediglich die Aufnahme von der Einföhrung des Transfers im Ausland kommentiert. Besonders Interesse fand die Bildung einer Konfessionsstufe, da man annimmt, daß die in dieser Klasse gesammelten Beträge früher oder später am Anlagemarkt in Erscheinung treten werden. In diesem Zusammenhang Reichsbankanleihe sehr fest und 2% freundlicher. Der Geldmarkt lag etwas schwächer. 8% Renten gaben im Verlauf 1/2 Proz. nach. Goldschmidt unverändert. Deutsche Reichsbank anfanglich 1 Prozent gewonnen, gaben diesen Gewinn später wieder ab. Der Montanmarkt lag durchsichtlicher schwächer. Wabers Interesse lag nur für Rheinbraun vor, die schon zu Anfang um 12 Prozent ansprangen. Weiteren Aufschwung hatten Kladner und Wöhr mit je 1/2 Prozent zu verzeichnen. Der Elektromarkt lag unbeeinträchtigt. AEG waren 1, Siemens 1/2, Licht und Kraft je 1/2 Prozent gebessert. Schudert laufe weiter 1/2 Prozent an. Der Transferrormarkt lag erhofften um 1/2 Prozent höher und sogar im Verlauf ruhig aber fest behauptet. Zehntelwerte waren durchsichtlicher schwächer, Waldhof um 1/2. Der Anlagemarkt war etwas belebt. Westeregeln 1/2, Salzberg 1/2, freudlicher. Von Einzelwerten waren Bauaktien etwas schwächer, so Zement Heidelberg 1/2, Holzmann 1/2, Conti Gummi waren um 1/2 Proz. gebessert. Der Automarkt war etwas schwächer, Daimler 1/2 Prozent abgelehrt.

Am Rentenmarkt herrscht starke Zurückhaltung, da aber die Verwendung der Transferrergelder noch Unklarheit herrscht. Es bestand Hoffnung, daß diese eine Rentenmarkt Anlage finden würden. So waren Altbesitz nur gar behauptet, dagegen Neudienst eine Kleinigkeit abgelehrt. Schuldgebiete, vorwiegend bis 8,30 genannt wurden, wurden mit 8,10 notiert. Späte Schuldlohn bleiben behauptet. Von Industriekreditinstitutionen waren Stadtbonds 1/2 Prozent gebessert. Im weiteren Verlauf blieb die Börse ruhig und kaum verändert. Tagesgeld 4 Prozent.

Berliner Metalle

Berlin, 9. Juni. Elektrolyt Kupfer cif Hamburg, Bremen oder Rotterdam 64,25; Notierungen der Kommission des Reichsamt für den Bergbau, Originalabitäten-aktinium in Wägen 160 RM.; desgl. in Maß- oder Drahtformen 164 RM.; Reinstnickel 330 RM.; Antimon regulus 39-41; Zinnflüßer 1 Kg. fein 41-44.

Berlin, 8. Juni. (Sunkbruch). Metallermittlungen. Kupfer: Juni 57 bez., 57 G., 57,25 Br.; Juli 57,5 bez., 57,25 G., 57,5 Br.; Aug. 57,75 bez., 57,5 G., 57,75 Br.; Sept. 58 u. 57,75 G., 58 Br.; Okt. 58,5 bez., 58,25 G., 58,5 Br.; Nov. 58,5 G., 59 Br.; Dez. 59,25 bez., 59,25 G., 59,5 Br.; Jan. 59,5 G., 59,75 Br.; Febr. 60,25 bez., 60 G., 60,5 Br.; März 60,75 bez., 60,75 G., 61 Br.; April 61,25 G., 61,5 Br.; Mai 61,75 bez., 61,5 G., 61,75 Br.; Tendenz: stetig.

1. Juni 19,5 G., 20,5 Br.; Juli 10,5 G., 20,5 Br.; Aug. 19,5 G., 20,75 Br.; Sept. 19,75 G., 21 Br.; Okt. 20 G., 21,25 Br.; Nov. 20,25 G., 21,5 Br.; Dez. 20,5 G., 21,75 Br.; Jan. 20,75 G., 22 Br.; Febr. 21 G., 22,25 Br.; März 21,25 G., 22,5 Br.; April 21,5 G., 22,75 Br.; Mai 21,75 G., 23 Br.; Tendenz: stetig.

3. Juni 23,5 G., 24,25 Br.; Juli 23,75 G., 24,25 Br.; Aug. 24 G., 24,75 Br.; Sept. 24,75 G., 24,5 Br.; Okt. 24,75 G., 25,25 Br.; Nov. 25 G., 25,5 Br.; Dez. 25,25 G., 26 Br.; Jan. 25,5 G., 26,25 Br.; Febr. 25,75 G., 26,5 Br.; März 26 G., 27 Br.; April 26,25 G., 27,25 Br.; Mai 26,5 G., 27,25 Br.; Tendenz: stetig.

Mannheimer Etektenbörse Die Börse war etwas abgelehrt. Das Geschäft bewegte sich in engem Rahmen. Farben gaben auf 130,25 Proz. nach, niedriger lagen noch Daimler um 1, und Dt. Anoleum um 2 Proz. Rheinelektro notierte 98 nach 99 Proz. Pant- und Versicherungs-werte waren unverändert. Der Rentenmarkt war still bei behaupteten Kursen.

6 Proz. Baden Staat 85,5, 7 Proz. Seidberger Stadt —, 8 Proz. Ludwigsb. Stadt 71, Mannh. Alt. 65, 8 Proz. Mannh. Stadt 77, 8 Proz. Wälg. Spv. Goldbdr. 87, 8 Proz. Rhein. Spv. Goldbdr. 86, 6 Proz. Baden Bonds 115.

Brown Boveri 26, Bremen Besigheim 76, Cement Heidelberg 84, Daimler Benz 31,5, Dt. Anoleum 52, Durlacher Hof 50, Eichbaum Weyer —, Enginger Union 72, Farben 135,25, 10 Proz. Grobkraft Mannh. 108, Kleinlein 51, Knorr 188, Konerven Braun 26, Metz 50, Wälg. Mühlwerke 73, Wälg. Pechelke 82, Rheinelektro 98, die Vorzugsaktien 94, Rheinmühlen —, Schwabacher 86, Zellwollf 25, Zimmer 70, Zild, Zucker 165, Ber. d. Desfabriken 25, Westeregeln 136, Zell. Waldhof 51.

Bad. W. 112, D.D.-W. 57,5, Commerzbl. 51, Dresdener W. 51,5, Wälg. Spv. W. 69, Rhein. Spv. W. 103, — Bad. Affecuranz —, Mannh. W. 25,5, Württ. Transport 39, — Ludwigsh. Wälmühle 80, Altbesitz 77,75, Neudienst 12,75.

Baumwolle

Bremer Baumwollk. 10,45.

Berliner Produktenbörse

Berlin, 9. Juni. Weizen, märz. 193-195 Brief; Weizen, Sommer 80 Rg. 207,-; fann Wagonfrei Berlin bezahl; Juli 207,75-207; Tendenz: matter; Roggen, märz. 163-165; Juli — bis 168,75; Tendenz: stetig; Buttergerste 164-174; Tendenz: ruhig; Hafer, märz. 135-139; Juli 145-149,75; Tendenz: monatlich; matter; Weizenmehl 22,75-27; Tendenz: matter; Roggenmehl 20,75-22,85; Tendenz: stetig; Weizenmehl; rubig; Kartoffel-Erbsen 23,5-27,5; Weizenmehl 8,7-8,9; Tendenz: ruhig; Roggenmehl 9-9,2; Erbsen 20-21; Futtererbsen 13-15; Weizenklein 12,25 bis 14,0; Ackerbohnen 12-14; Wicken 12-14; Submen blau 9,5-10,4; gelb 12,5-13,25; Weizenklein 11,2 bis 11,4; erfl. M.; Erbsenmehl 11-11,1 erfl. M.; Erdnussmehl 11,5-11,6 er. M.; Trockenhitze 8,5; Ertrab. Sojabohnenmehl 9,5 erfl. M.; dto. 10,3 erfl. M.; Kartoffelflocken D.G.S.-Ware 13,1-13,3.

Butternotierung

Berlin, 9. Juni. Preise ab Station, Bracht und Gebinde in Kisten des Käufers, 108 RM. 1. Qualität, v. Str. 103 RM. 2. Qual. v. Str. 96 RM. abfallende Str. Tendenz: stetig.

Maadeburger Zuckernotierung

Magdeburg, 9. Juni. (Weißzucker, einfaß. Sac und Verbrauchssteuer für 50 Kg. brutto für netto ab Verbrauchssteuer Magdeburg): 32,15; Juni 32,35 u. 34,40 (Innenhalb 10 Zagen). Tendenz: stetig. Juni 5,70-5,40; Juli 5,80-5,50; Aug. 5,90-5,60; Tendenz: stetig.

Berliner Devisen

nom 9. Juni		Gold Brief	
	Geld Brief		
Buen-Air.	0.893	0.897	22.04
Kanada	3.157	3.163	5.195
Konstantin.	2.038	2.042	42.46
Japan	0.884	0.886	63.48
Kairo	14.895	14.735	13.04
London	14.315	14.355	72.13
Newyork	3.506	3.514	16.62
Rio de Jan	0.239	0.241	12.64
Uruguay	1.648	1.652	64.44
Amsterdam	170.53	170.87	73.18
Athen	2.448	2.452	81.77
Brüssel	59.04	59.16	3.047
Bukarest	2.488	2.492	36.21
Budapest			73.68
Danzig	82.7	82.88	110.39
Helsingfors	6.334	6.346	46.95

Wirtschaftliche Rundschau

Angemessene Lage. Die Berichte, die heute aus den verschiedenen Wirtschaftskreisen vorliegen, belaufen übernehmend, daß die Beschäftigung stark zugenommen habe. Als ein Gradmesser der Wirtschaft kann auch die Zunahme des Güterverkehrs der Reichsbahn angesehen werden. Besonders machte sich der Straßengüterverkehr außerordentlich stark fühlbar. Die Konturreise sind im Mai weiter zurückgegangen und betragen 294 gegen 373 im April. Vergleichsverfahren waren es 140 gegen 144 im Vormonat.

Weidmarkt. Nachdem im März ein leichter Rückgang der Spinnereierlagen sich bemerkbar gemacht hatte, haben dieselben im April sich wieder weiter günstig entwickelt, so daß sich ein Einlagen-Überschuß von 63,1 Millionen RM ergibt, durch den sich der Spinnereiergüterbestand von 10 895,54 auf 10 488,8 Millionen erhöht. Damit wurde der Stand vom Dezember 1930 zum erstenmal wieder überschritten.

Wärfte. Die Wärfte stand in der Berichtzeit allgemein wieder im Zeichen eines festeren Grundtones. Die Arbeitsbeschäftigungspläne und das Entschuldigungsgebot haben namentlich auch wegen der glücklichen Konstruktions- und den Finanzierungsplänen überall eine günstige Aufnahme gefunden. Die Hauptanregung ging von den Rentenmärkten aus, wo ein völliger Tendenzumschwung sich bemerkbar machte. Bemerkenswert ist, daß hier das Auslandsangebot fast ganz verschwunden ist.

Industrie. Produktion und Beschäftigung in der deutschen Industrie haben wieder stärker als lastenmäßig zugenommen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter in den Industrien ohne ausgenützte Saisonbeschäftigungen hat sich gleichzeitig erhöht. Besonders prägnant war die Zunahme in den Investitionsgüter-Industrien. Die Verbrauchsgüter-Industrien haben zum Teil noch unter dem um ein höheres Tendenzumschwung sich bemerkbar gemacht. Bemerkenswert ist, daß hier das Auslandsangebot fast ganz verschwunden ist.

Wetthandel. Der Gesamtwert des Wetthandels wird für die ersten drei Monate dieses Jahres mit 5881 Millionen Gold-Dollar angegeben, somit 35 v. H. des Wetthandels zu Beginn des Jahres 1932. Der Wetthandel zeigt seit 4 Jahren einen kaum unterbrochenen Rückgang und hat Anfang 1933 den bisher niedrigsten Stand erreicht. Der Rückgang des Wetthandels hat 1931 7 v. H., 1932 10 v. H. und 1933 15 v. H., insgesamt innerhalb von 3 Jahren 27 v. H. betragen.

Baumarkt. Im Wohnungsbau sind die Planungen und Bauarbeiten neuer erheblich stärker als im Vorjahr. Auch der Zugang fertiggestellter Wohnungen ist höher. Aus allen Teilen des Reiches wird eine beachtliche Belebung der Bauwirtschaft festgestellt. Die Neubaugewinnungen liegen dagegen noch um 16 Proz. hinter dem Jahre 1932 zurück.

Warenmärkte. Der Dollarkurs hat dazu geführt, daß an den Warenmärkten die maßgebenden Firmen den Dollar als Grundlage ihrer Offerten verlassen haben und dazu übergegangen sind, in zunehmendem Maße die Reichsmark als internationalen Bewertungsmittel zu verwenden. An den internationalen Rohstoffmärkten hat der Preisrückgang weitere Fortschritte gemacht. Die Unsicherheit über die Goldpolitik in den Vereinigten Staaten sowie die fortgesetzten Absatzschwankungen begünstigen die Flucht in die Sachwerte.

Landwirtschaft. Der Stand der Saat wird im allgemeinen als befriedigend hingestellt, besonders jener der Wintergetreidearten. Winterroggen und Winterweizen liegen über den Normalstand und sind für den Sommerfrucht e. Futterpflanzen sind wesentlich zurückgeblieben. Die deutsche Landwirtschaft scheint wieder hoffnungsvoller zu sein. In Zukunft, da durch verschiedene Regierungsmaßnahmen die Preisbildung auf verschiedenen Märkten unterstützt wurde.

Märkte. Die Preise für Getreide haben zum Teil infolge Abnahme der Vorräte angezogen. Die Selbstversorgung Deutschlands mit Brotgetreide ist gesichert. Es ist noch bei Beginn der neuen Ernte mit Überflüssen zu rechnen. Die Preise für Brotgetreide liegen gegenwärtig etwa auf Vorkriegsniveau, jedoch etwa 25 Proz. unter dem Vorkriegsstand. Die Märkte für tierische Erzeugnisse leiden unter der geschwächten Kaufkraft; Preisrückgänge sind an fast allen Stellen festzustellen.

Ausstellungen und Messen. Die Leipziger Herbstmesse wird am 27. August beginnen und bis einschließlich 31. August dauern. Die Herbstmesse wird nur bis einschließlich 31. August geöffnet sein. Gleichzeitig mit der Herbstmesse wird eine Kaufhaus durchgeführte. Als ein Zeichen des wachsenden Vertrauens in die deutsche Wirtschaft dürfte anzusehen sein, daß selbst die Regierung der Substantialischen Union beabsichtigt hat, sich an der Leipziger Herbstmesse offiziell zu beteiligen.

Arbeitsmarkt. Am deutschen Arbeitsmarkt hat in der Berichtzeit die Zahl der Beschäftigten weiter zugenommen. Die erfreuliche Besserung ist neben saisonmäßigen Einflüssen in starkem Maße auch auf konjunkturelle Besserungserscheinungen zurückzuführen. Damit unterliegt sich die augenblickliche Lage am deutschen Arbeitsmarkt grundsätzlich von der Situation in der gleichen Jahreszeit in den vorausgegangenen Jahren.

Stidkstoffmarkt im Mai 1933

Der Abgang des Monats Mai blieb hinter demjenigen des gleichen Monats des Vorjahres zurück, wodurch sich der ursprüngliche Vorrat im Abgang des laufenden Abgabesjahres — verhältnis mit dem Stand Ende April — weiter leicht verringert hat.

Die Preise in den Monaten Mai—Juni stellen sich wie folgt:

Schwefel, Ammoniak RM. 0,76; Kalkammon RM. 0,74; Ammoniumsulfat (Leuna-Montan) RM. 0,82; Kalkammonsalpeter IG RM. 0,86; Kalkammonsalpeter DAVV RM. 0,86; Kalkammonsalpeter RM. 0,84; Sarnstoff BASF RM. 0,91; Kalkstoffs RM. 1,09; Nitrophosta IG I RM. 23,34; Nitrophosta IG 0,77; Kalksalpeter IG RM. 0,99; Kalksalpeter RM. II RM. 21,98; Nitrophosta IG III RM. 23,50; Nitrophosta IG IV RM. 19,00; (für 1 kg. Stickstoff für 100 kg. Ware).
--

Die Preise verließen sich für ungefeuerte Ware (mit Ausnahme von Kalksalpeter IG) bei Bezug in ganzen Wagenladungen von mindestens 15 to frachtfrei jeder deutschen Eisenbahnstation. Vom 1. April ab werden zur Erleichterung des Bezuges für den Selbstbedarf des Abgabesjahres auch Mengen von mindestens 10 to frachtfrei geliefert.

Nitrophosta IG und IV werden im Interesse der wünschenswerten Beschränkung der Sortenzahl nicht mehr hergestellt, jedoch sind kleinere Restbestände zurzeit noch vorhanden.

Alle Sorten, ebenso Leunafall IG, sind zurzeit sofort lieferbar. Zur Verleistung des Selbstbedarfs der Sachhaltung für den Eigenbedarf der Landwirtschaft wird denjenigen Wiederverkauf, die am 1. 7. 33 keine auf den vom 1. 4. d. S. ab für den Frühjahrsverbrauch unmittelbar von den Werken und Vertriebslagern bezogenen Stickstoffdüngemitteln nachweisbar noch unverkauft auf ihrem Lager haben, der Unterschied zwischen dem bezahlten und dem für den 1. 7. 33 vom Endbitat festgesetzten Preis zugewiesen.

Berichtigung

In unserer gestrigen Ausgabe ist in dem Bericht über den Vortrag des Oberregierungsrates, Dipl.-Ing. Federle, versehentlich in der Überschrift ein Druckfehler unterlaufen. Es muß richtig heißen: Der gewerbliche Lehrling, seine Schulung und die Aufgaben der Lehrkräfte.

Aus dem Deutschen Weinbauverband

In einer Vorstandssitzung des Deutschen Weinbauverbandes, an der auch Reichstagsabgeordneter Pies-Langenlohnheim, der Fachberater beim agrarpolitischen Apparat der NSDAP, teilnahm, wurde eine Reihe Beschlüsse gefaßt. Zur Hybridfrage wurde eine Erklärung abgegeben, in der der Deutsche Weinbauverband

die klare, energische, auf läckenlose Durchführung der reichsgerichtlichen Bestimmungen über den Anbau von Amerikanerweiden gerichtete Haltung der badischen Staatsregierung begrüßt

und sie bittet, im Namen des gesamten deutschen Edelweidbaues unter keinen Umständen davon abzugehen. Der Verband ist der Auffassung, daß solche Organisationen, die sich einseitig zugunsten des Hybridanbaues einsetzten, im neuen Deutschland keinen Raum mehr haben dürfen und deshalb zu beseitigen sind. Der Verband verlangt ferner, daß Prof. Bauer-Münchberger künftig jede Stellungnahme unterläßt, die geeignet ist, die reibungslose Durchführung eines bestehenden Reichsgesetzes zu erschweren und Unruhe unter der weinbaureisenden Bevölkerung anzurichten. Der Verband beschließt sich dann auch mit den immer wieder vorkommenden Weinfälschungen und stellt sich erneut auf seinen bekanntesten alten Standpunkt, der in einer Entschließung nachmals zum Ausdruck gebracht wurde: Wirksame Ausgestaltung der Weinkontrolle, Überführung der Kontrolle durch die Reichsregierung, Weinkontrollen sollen Reichsbeamte werden, die Weinkontrolle soll einheitlich im ganzen Reich durchgeführt werden. Weinfälschungen sind schärfer zu bestrafen. Bei der Reichsregierung soll ferner beantragt werden, den Verkauf flüssiger und abgekühlter Weine nur noch an Brennerien nach vorheriger Vergütung mittels Nachschuß oder Kuchenschlitzung zu gestatten. Unerwünscht angesehen wird eine Ausfuhr 3,2 prozentiger „Weine“ nach Amerika und ein Verbot seitens des Reiches erbeten.

Internationale Stahltagung in Düsseldorf vom 7.—10. Juni 1933.

Die intensive und außerordentlich vielseitige Tätigkeit der Beratungskomitee für Stahlherstellung in Düsseldorf auf allen Gebieten des industriellen und wirtschaftlichen Lebens hat von jeder stärksten Interesse in der gesamten Öffentlichkeit gefunden. Die Erfolge der deutschen Beratungskomitee, bei deren Gründung im Jahre 1927 man weitgehend auf das Vorbild der amerikanischen Absatzförderungsstellen zurückgegriffen hat, haben verschiedene andere europäische Länder veranlaßt, ebenfalls besondere Beratungskomitee und Propagandastellen zur Förderung des Stahlabsatzes zu schaffen, deren Vertreter sich in diesen Tagen in Düsseldorf verammelt haben, um in einem internationalen Erfahrungsaustausch und Gedankenaustausch die akuten Probleme der Stahlherstellung zu besprechen.

Während der Mittwoch und Sonnabend den internen Besprechungen und den Berichten der einzelnen Beratungskomitees gewidmet war, an denen sich die Vertreter Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Groß-Britanniens, Italiens, der Niederlande, Polens, der Schweiz und der Tschechoslowakei beteiligten (die amerikanischen Vertreter sind leider am Erscheinen verhindert, haben aber ihr lebhaftes Interesse an der Tagung bekundet), fanden am Donnerstag und Freitag die öffentlichen Sitzungen statt.

Berufene Vertreter und erste Sachkenner der verschiedenen Länder sprachen über akute Probleme der Stahlherstellung auf den Gebieten des Stahlsektors und Stahlbauwesens, des Geschäftes, Verwaltungs-, Schul- und Industriebaus, des Bevölkerungsverkehrs, des Wagonbaues, des Straßenbaues, des Landmaschinenbaues usw. Die Ausführungen wurden durch Lichtbilder, Filme und Besichtigungen von Industrieanlagen ergänzt und erläutert.

Verkauf von Eichengerbrinden im Odenwald

Durch die mitleidige Lage auf dem Gerbrindenmarkt, die besonders im Odenwald, wo der Handel

nur kleine Mengen zu äußerst gedrückten Preisen zwischen 2,30 bis 2,80 RM. je Zentner frei Versandbahnhof aufnehmen konnte, die Not der Waldbauern unerträglich werden ließ, ließ sich der badische Waldbesitzerverband veranlassen, den Rinderverkauf in diesem Jahre auch im Odenwald in seine Hand zu nehmen. Die Zweigstelle des Verbandes in Mosbach konnte eine Anzahl größerer Lederwerke, die bisher ihren Rindensbedarf im Ausland gedeckt hatten, dazu veranlassen, zunächst die einheimische Produktion aufzunehmen, und war dadurch in der Lage, rund 13 000 Zentner Eichenrinde für die Odenwälder Bauern abzugeben. Wo es sich im wesentlichen um ausländischen Absatz an Stelle bisheriger Einfuhr handelt, hat sich hierdurch eine zeitweilige sichtbare Entlastung des ländlichen Arbeitsmarktes ergeben; man kann diese, nachdem die Aufbereitung eines Zentners Rinde in diesem Jahre nicht ganz ein Tagewerk erfordert, einschließlich der Arbeitsleistung der hauptberuflichen Bauern auf rund 10 000 Tagewerke schätzen.

Kontingentierung der Einfuhr von Oberbekleidung nach Frankreich und dem Saargebiet

Die Ausfuhrstelle der Deutschen Bekleidungsindustrie teilt folgendes mit: Mit Wirkung vom 1. Juli 1933 ab ist auch die Ausfuhr von Oberbekleidung aus ledernen u. kunstledernen Geweben nach Frankreich und dem Saargebiet kontingentiert. Das Kontingent beträgt: für männliche Oberbekleidung 624 Kilogramm brutto, für weibliche Oberbekleidung 2 375 Kilogramm brutto. Es entspricht damit der deutschen Ausfuhr nach Frankreich im Jahre 1931 nach Maßgabe der französischen Zollstatistik. Dementsprechend werden zur Beteiligung an dem Kontingent zugelassen diejenigen deutschen Firmen, die im Jahre 1931 Oberbekleidung aus ledernen oder kunstledernen Geweben nach Frankreich exportiert haben. Für diejenigen Firmen, die erst 1932 den Export aufgenommen haben, wird vom Kontingent eine Reserve von 10 Proz. abgesetzt. Voraussetzung für die Beteiligung beider Gruppen ist die Meldung an die genannte Ausfuhrstelle in Berlin bis zum 15. Juni 1933 mittags 12 Uhr.

Für die Ausfuhr von Oberbekleidung aus wollenen und baumwollenen Geweben sind die Kontingente für das 2. Kontingentsjahr (ab 1. 7. 33) wie folgt festgesetzt: für männliche Oberbekleidung 55 000 Kilogramm brutto (statt bisher 51 000 Kilogramm netto), für weibliche Oberbekleidung 57 000 Kilogramm brutto (statt bisher 54 640 Kilogramm netto).

Die badische Biererzeugung im Rechnungsjahr 1932/33

In dem Rechnungsjahr 1932/33 (1. April 1932 bis 31. März 1933) betrug die badische Biererzeugung 1 159 332 Hektoliter Bier Gegenüber dem Vorjahre ist ein Rückgang um rund 120 000 Hektoliter oder 10 Proz. eingetreten. Im Reichsbuchschnitt betrug der Rückgang nur 9,5 Proz. Gegenüber dem letzten Vorkriegsjahr macht die heutige badische Biererzeugung nur noch 36 Proz. aus gegenüber 50 Proz. im Reichsbuchschnitt. Dieser verstärkte Rückgang ist in erster Linie auf den Verlust des elsaß-lothringischen Absatzgebietes zurückzuführen.

Der Kampf Binnenriffahrt-Reichsbahn vor der Beendigung?

Auf Anordnung des Reichsanzlers beginnen noch in dieser Woche Verhandlungsverhandlungen zwischen der Binnenriffahrt und der Reichsbahn, die die Beteiligung des Wettbewerbes in der jetzigen Form bezwecken. Der Verein zur Wahrung der Rheinriffahrtinteressen in Dautz hat gemeinsam mit dem Partikulierschifferverband Jus et Justitia und dem Hafenerverband für das Rheinstromgebiet eine Denkschrift dem Reichsverkehrsminister unterbreitet, in der die Verhältnisse in der Rheinriffahrt eingehend dargestellt werden. Zusammenfassend bitten deutliche

Rheinriffahrt und mit ihr zusammenhängende Betriebe, die Reichsregierung wolle die Verwaltung und Betriebsführung der Reichsbahn mit möglicher Beschleunigung wieder dem zuständigen Reichsministerium übertragen, die Reichsregierung wolle ferner dafür Sorge tragen, daß die Reichsbahn sowohl hinsichtlich ihrer organisatorischen als auch tarifpolitischen Maßnahmen auf die deutsche Rheinriffahrt als wertvollen Teil der Volkswirtschaft zehrende Rücksicht nimmt.

Als erforderlich werden angesehen: die stark übersteuerten Zu- und Abfahrtsfrachten der Rheinriffen sind überall dort herabzusetzen, wo eine volkswirtschaftlich zweckmäßige Einparung der Rheinriffahrt mündigenswert und naturgegeben ist, die gegen die Rheinriffahrt gerichteten Wettbewerbsstarke der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft sind aufzuheben, die Bindung von Ausnahmestellen, an die Aufgabe von Mindestmengen hat zu unterliegen. Weiter halten die Schiffahrtstreue es für dringend notwendig die gesamte Tarifpolitik der Reichsbahn-Gesellschaft einer gründlichen Umgestaltung zu unterwerfen in dem Sinne, daß wieder die festen und bewährten Richtlinien der Vorkriegszeit für jede Ausnahme von den Regeltarifen maßgebend werden.

Ein berechenbarer Weizenpreis?

Der Deutsche Weizenverband (G.m.b.H.) Berlin unterbreitet der Öffentlichkeit einen Vorschlag, der einen berechenbaren Weizenpreis schaffen soll. Eine Stützungsstelle soll am Schluß des Wirtschaftsjahres, etwa vom 1. bis 15. Juli, alle noch nicht von den Mühlen aufgenommenen Weizenmengen zu einem bestimmten angemessenen Preis Basis cif Hamburg bzw. wagoonfrei Berlin übernehmen. Die Stützung muß sich auf die Ueberflüssigkeiten durchschnittlicher Qualität beziehen, die bis zum Juli noch nicht vom Verbrauch aufgenommen worden sind. Dadurch sollen die Landwirte, landwirtschaftlichen Organisationen und Händler die Sicherheit der Realisation im Laufe des Wirtschaftsjahres erhalten. Ein weiterer Eingriff ist dann vor dem Juli 1933 nicht mehr notwendig, weil sich jeder Händler und jeder Landwirt selbst berechnen kann, zu welchem Preis er seinen Weizen in den einzelnen Monaten verwerten muß. Von dem Schlusspreis wird dann jeder die ihm entstehenden Lager- und Zinskosten abziehen und sich so seinen Wertungspreis berechnen. Sind diese Landwirte durch Kreditverpflichtungen gezwungen, ihre Ware schnell zu verkaufen, so wird der Preis trotzdem nur um etwa 4 RM. je Tonne unter den berechneten Wertungspreis sinken können, weil dann der Handel und die landwirtschaftlichen Organisationen die Ware von sich aus aufnehmen werden, um ein Reportgeschäft durchzuführen. Handel und Genossenschaften könnten auf diese Weise leicht und fast risikolos ihre Aufgabe als Angebotsvertreter im Wirtschaftsjahr ohne jeden staatlichen Eingriff durchführen. Ausgaben für den Ausgleich der Preise und des Angebots während des Erntejahres brauchen nicht gemacht zu werden, weil diese Aufgabe von der Privatwirtschaft automatisch gelöst wird.

Der tägliche Wirtschaftsbeobachter

Von der Oberrhein an der Bergstraße

An der Bergstraße hat nunmehr die Kirchengemeinde in stärkerem Umfang einsetzt. Das Ergebnis dürfte etwa ein Drittel bis fast 50 Proz. unter einer Normalernte liegen. Erdbereiten haben mittelmäßigen Behang. Frühfrühe lassen einen starken Ertrag erwarten. Die Spätlese wird aber geringer werden. Unter den Frostschäden haben Birnen und Äpfel stärker gelitten, Birnen bringen voraussichtlich in älteren Sorten mehr.

Schauslandbahn A.G. Freiburg i. Br.

Anstelle des bisherigen Vorstandsmitgliedes Architekt Mühlbach wurde auf Vorschlag der Stadtverwaltung vom Aufsichtsrat der Stadtoberrat Schiele zum alleinigen Vorstand bestellt.

Der Aktienindex des Stat. Reichsamtes stellt sich für die Woche vom 29. Mai bis 3. Juni auf 71,98 gegen 72,31 in der Vorwoche. Das Kursniveau der 60prozentigen Renten ist auf 79,67 gegen 80,52 Proz. gesunken.

Im Monat Mai wurden bei der Allianz und Stuttgarter Lebensversicherung A.G. Berlin in der großen Lebensversicherung 13 Mill. RM. Versicherungssumme beantragt, in der Kleinlebensversicherung monatliche Beitragszahlung 9. Mill. RM., wobei der Antragsumfang des Monats insgesamt 22 Mill. RM. Versicherungssumme ausmacht.

Aus dem Tarifwesen der Reichsbahn

Von den neu herausgegebenen Ausnahmestellen sind für Süddeutschland von besonderem Interesse der AT 14 B 14 für Gasöl von Dollbergen nach allen Bahnhöfen der Reichsbahn zur Unterstützung der deutschen Erdölindustrie, der AT 21 S 5 für Baumwollabfälle und rohe Linters von deutschen Sechsen nach deutschen Verbrauchszentren, der die bisherigen Frachten im Interesse der verbrauchenden Gewerbe verbilligt und zugleich den deutschen Seehafenverkehr fördert, ferner der AT 23 B 9 für Ruß von den Gewinnungszentren nach allen Bahnhöfen und Grenzübergangspunkten der Reichsbahn, der die deutsche Erzeugung und Ausfuhr unterstützen soll. Neu eingeführt werden Ausnahmestellen für Scherben und Schweißblech im deutsch-schweizerischen Verkehr.

Das Ende der Wirtschaftskrise

Geschäftliche Zusammenbrüche und Zahlungseinstellungen haben abgenommen (Monatsdurchschnitte)

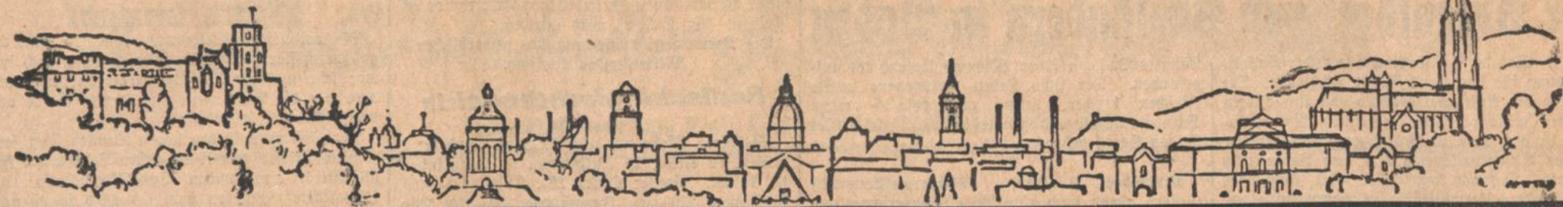


Nein! Die Wirtschaft ist Wegweiser für den wirtschaftlichen Aufschwung

Konkurse und Vergleichsverfahren liegt im Frühjahr d. S. weit unter der Hälfte des Vorjahresstandes. Auch die Zahl der beantragten, aber wegen Mangels an Masse abgelehnten Konkurse ist geringer als im Vorjahr. Auf breiter Front hat sich also im gesamten Geschäftsleben eine Verubigung durchgesetzt. Das Vertrauen ist endlich wiederbelebt; die Gemeinschaftsarbeit des Volkes für den wirtschaftlichen Aufschwung hat begonnen.

Das Ende der Wirtschaftskrise

Unter dem Ansturm der Krise sind die Firmen in den letzten Jahren reihenweise zusammengebrochen. Die Bitter der Konturreise und Vergleichsverfahren, die eine Art wirtschaftliche Verlustliste bedeuten, schnellen sprunghaft empor. Monatlich schließen Betriebe zu Tausenden ihre Pforten und entlassen ihre Arbeiter. Die Zahlungseinstellung einer Firma wiederum schädigte auch andere Unternehmen. Ein Keil trieb den anderen. So führte nicht nur, was morisch und faul war; auch an sich gesunde Betriebe wurden allmählich von dem verrottenden Strudel erfasst und gingen zu Grunde. Dieses große Sterben in der deutschen Wirtschaft hat nun sein Ende gefunden, nachdem die gesamte Staatspolitik entschlossen mit harter Hand in neue Bahnen gelenkt worden ist. Die Zahl der eröffneten



Die Schutzhaft in Baden

Im Verlauf der nationalen Revolution und nicht zuletzt unter dem Eindruck der rucklosen Nordrat des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Kubäur in Freiburg, der bekanntlich zwei Menschenleben zum Opfer fielen, erwies sich die Verbannung der Schutzhaft über führende Marxisten als unbedingt notwendig. Durch sie wurden weniger die verführten Mitläufer der marxistischen Bewegung, als die geistigen Urheber der roten Volksverhetzung betroffen.

Die Zahl der Schutzhäftlinge hat sich in den letzten Wochen ausserordentlich verringert. Nach den neuerlichen Anweisungen der Regierung sind in jüngster Zeit eine ganze Anzahl weniger belasteter marxistischer Funktionäre, von denen anzunehmen war, daß sie im wesentlichen dem zersetzenden Einfluß der Agitation der KPD. und der SPD. erliegen sind, entlassen worden. Nicht entlassen wurden dagegen die Parteiführer, die Abgeordneten und als besonders gemeingefährlich bekannten Demagogen und Heber der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei.

Für die Unterbringung der Schutzhäftlinge wurden in Baden zwei Lager eingerichtet, und zwar das eine in Kislau, das den besonderen Vorzug des Aufenthalts hoher und höchster Würdenträger des Novemberregimes in Baden genießt, das andere in Altenbuden. Soweit der Raum in diesen beiden Lagern nicht ausreicht, wurden badische Schutzhäftlinge dem württembergischen Lager auf dem Heuberg zugewiesen.

Die Schutzhäftlinge sind gut untergebracht und werden ausreichend versorgt. Ihr Gesundheitszustand ist durchaus gut. Sie werden in den beiden badischen Lagern mit landwirtschaftlichen und Meliorationsarbeiten beschäftigt. Leider sind wir im Augenblick nicht in der Lage, dem badischen Volk von den prominenten Taten des Kislauer Lagers, etwa die „Arbeiterführer“ Marum und Grünbaum bei der Arbeit mit Hade und Spaten im Bild vorzuführen. In der jüdischen Presse hat man zwar häufig von den jüdischen Arbeitern in Palästina gehört. In Deutschland ist dieses seltene Exemplar bisher nicht bekannt geworden. Neuerdings soll in Kislau eine Abart zu sehen sein.

Auf wie lange die Schutzhäftlinge aufrecht erhalten werden müssen, läßt sich zurzeit noch nicht absehen. Die Frage, ob weitere Lockerungen eintreten können, wird in erster Linie vom Verhalten der bisherigen Feinde der nationalen Revolution dieser gegenüber abhängen.

Rebshältingsbekämpfung

Das Badische Weinbauinstitut in Freiburg gibt folgendes bekannt: Der erste Peronosporausbruch wurde, wie vorausgesehen, vom 24. Mai ab fast im ganzen Lande beobachtet. Damals herrschte eine kalte Regenperiode, die am 1. Juni mit strahlendem Gewitter ihren Abschluß fand. Um diese Zeit (letzte Tage des Monats Mai) werden zahlreiche Reuinfektionen durch den Peronosporavirus festgestellt haben und auch viele Erstinfektionen noch durch Winterporen vom Boden aus. Es ist deshalb damit zu rechnen, daß in der Zeit vom 10. bis 15. Juni weitere Ausbrüche und weitere Anstufungen erfolgen, wenn in jener Zeit weitere warme Regenfälle niedergehen.

Vom 30. Mai bis 1. Juni und am 5. Juni sind auch die Wotten der Traubenwidler erneut stark geflogen. Das Wachstum der Reben geht unterstützt durch die warme Witterung, die am 2. Juni einsetzte und bis jetzt andauert, erfreulich rasch vorwärts. In warmen Tagen wird man deshalb vom Mitte Juni ab mit dem Beginn der Rebbilte zu rechnen haben.

Um die Reben während der Blütezeit vor Peronospora-Infektionen zu schützen und um die vorhandenen und neu hinzukommenden Heuwärmer abzutöten, empfiehlt es sich, vor dem 10. bis 15. Juni eine erneute Bespritzung der Reben durchzuführen und dabei besonders die Blattunterseiten und Gebeime mit dem Spritzstrahl zu treffen. Als Spritzbrühe kommen auch diesmal arsenhaltige Kupferbrühen oder solche mit Nikotin (wirkt auch gegen die Kräuselkrankheit) oder Chlorsilberlösung (Vergiftungsmittel) oder Chlorsilberlösung (Vergiftungsmittel) und die Herstellung der Spritzbrühen und ihre Anwendung geben die „Leitfäden für die Rebshältingsbekämpfung“ Aufschluß, die in den Rathäusern angeschlagen sind. Wo Mehltau sich zeigt, ist sofort zu schwefeln.

Kauft deutsche Waren

Umbau der Kirchenverfassung:

Evangelischer Landesbischof in Baden

Die Evangelische Kirchenregierung hat durch ein Noteseit vom 1. Juni 1933 den Umbau der Kirchenverfassung begonnen. Künftig wird an der Spitze der Bad. Evang. Kirche der „Landesbischof der Vereinigten Evana.-protestantischen Landeskirche Badens“ stehen. Er ist der geistliche Führer der Kirche und handelt in diesem Wirkungskreis selbständig mit eigener Verantwortung. Er wird von der Landesynode gewählt; seine Abberufung durch die Landesynode ist aber nicht zulässig.

Neben dem Landesbischof steht der Evang. Oberkirchenrat als Kollegialbehörde, der der Landesbischof auch angeschlossen ist. Die bisherige parlamentarische Abhängigkeit der Behörde von der Landesynode ist aufgehoben. Während dem Landesbischof die Repräsentation und geistliche Führung der Landeskirche zukommt, hat der Oberkirchenrat denjenigen Teil der Regierung und Verwaltung der Landeskirche zu erledigen, der außerhalb der geistlichen Führung liegt, also insbesondere die Rechts- und Vermögensverwaltung zu betreiben.

Zur Entscheidung gewisser grundsätzlicher Fragen erweitert sich der Oberkirchenrat durch Zuziehung von vier vom Landesbischof zu berufenden Mitgliedern der Landesynode.

In dem Gesetz ist weiterhin vorgesehen, daß die Dekane nicht mehr wie bisher von den Bezirksynoden gewählt, sondern vom Landesbischof nach Anhörung des Erweiterten Oberkirchenrats ernannt werden. Schließlich stellt das Gesetz die Aufhebung der Pfarrwahl in Aussicht. Das Nähere wird durch ein noch zu erlassendes Pfarrbesetzungs-gesetz geregelt werden, das ein Mitwirkungsrecht der Gemeinden (wenn auch nicht in Form der Wahl) vorzusehen wird.

In einem zweiten Gesetz vom gleichen Tage ist die Zuständigkeit des Landesbischofs, des Evang. Oberkirchenrats und des Erweiterten Oberkirchenrats im einzelnen genau umschrieben.

Die Zuständigkeit des badischen Landesbischofs

Die Zuständigkeit des noch zu ernennenden badischen Landesbischofs umfaßt: die Vertretung der Landeskirche, soweit hierzu der Oberkirchenrat nicht zuständig ist, die Führung des Vorgesitzes in den Sitzungen, die Vollziehung und Verkündung der kirchlichen Gesetze, die Anordnung der Einführung von Lehr-, Gesangs- und Kirchenbüchern nach Anhörung der Landesynode, die Erlassung von Hirtenbriefen, die Ernennung der Pfarrer in Verbindung mit den dazu vorgesehenen Organen, die seelsorgerliche Beaufsichtigung und Beratung aller Geistlichen, die oberste Leitung des Religions- und Konfirmandenunterrichts in Kirche

und Schule, die Ueberwachung der kirchlichen Armenpflege, die Anordnung außerordentlicher Gottesdienste und das Recht für sich und die geistlichen Oberkirchenräte, in jedem Gemeindegottesdienst zu predigen, die Aufsicht über die Kirchenvisitationen und die Anordnung von außerordentlichen Kirchenvisitationen und von Dekanatsvisitationen, die Oberaufsicht über die Tätigkeit der Bezirks- und Schulsynoden, die Ausübung der Befugnisse, die der Kirche in Bezug auf das praktische-theologische Seminar zustehen, und die Ausübung der theologischen Prüfung, die Leitung dieser Prüfung und die Aufnahme der Prüflinge unter die Geistlichen der Landeskirche, die Aufträge zur Ordination und Verpflichtung der Geistlichen, zur Einführung der Pfarrer in ihr Amt und zur Einweihung der Kirchen.

Landesstagung des Evangelischen Pfarrvereins

Am 5. und 6. Juni fand in Heidelberg die Jahresversammlung des Badischen Evangelischen Pfarrvereins statt. Eingeleitet wurde sie durch eine von Pfarrer D. Dettreiter-Heidelberg in der Provinzialkirche gehaltenen Andacht. Kirchenrat Renner-Karlsruhe eröffnete die Tagung mit herzlichen Grußworten. Universitätsprofessor D. Susfeld-Heidelberg überbrachte die Grüße der Theologischen Fakultät, von Kirchenpräsident Dr. Wurtz-Karlsruhe waren schriftlich Grüße und Wünsche eingetroffen. Professor D. Dr. Odenwald-Heidelberg behandelte in seinem Vortrag eingehend „Die Lage der evangelischen Kirche in der Gegenwart“. Der Vorsitzende, Kirchenrat Renner-Karlsruhe gab den Jahresbericht. Der Badische Evangelische Pfarrverein zählt augenblicklich 808 Vollmitglieder und 13 Ehrenmitglieder. Dem Jahresbericht schloß sich ein Bericht von Pfarrer Böller-Gaggenau über die Pfarrvereins-Krankenkasse und ein solcher von Pfarrer Bad-Bühl über die Feuerversicherungslasse des Pfarrvereins an.

Der Vorsitzende schloß die Tagung mit dem Ausdruck herzlichen Dankes und dem Wunsch für treues Zusammenstehen und freudige Weiterarbeit im Badischen Pfarrvereine.

Kirchenversammlung. Zur Unterstützung der evangelischen Diakonalmutterkreise in Krosingen, die mit dem dringend nötigen Bau eines Kirchleins beginnen möchte, wird am Sonntag, den 11. Juni, in den Gottesdiensten der Landeskirche eine Kollekte erhoben.

Weitere Besserung auf dem Arbeitsmarkt

Das Arbeitsamt Mannheim zählte am 31. Mai 1933 insgesamt 43 889 verfügbare Arbeitsuchende, davon 34 831 Männer und 9088 Frauen. Die Abnahme gegenüber dem letzten Stichtag (15. Mai 1933) beträgt 177. Von den Arbeitsuchenden entfallen auf die Stadt Mannheim 26 698 Männer und 7688 Frauen. Unterstützung haben bezogen 12 746 Personen, und zwar Arbeitslosenunterstützung 2771, Kriegsunterstützung 9975. Zu diesen 12 746 Hauptunterstützungsempfängern kamen noch 17 676 zuschlagsberechtigte Angehörige. — Etwa 1000 inausendliche Arbeitslose, davon 100 weibliche, fanden auf dem Wege der Landhilfe Beschäftigung als zusätzliche Arbeitskraft des Bauern, der sie in die häusliche Gemeinschaft aufnimmt und sich verpflichtet, sie in alle Arbeiten einzuführen.

Nach dem Mannheimer N.S.-Großflugtag

Mannheim, 9. Juni. Wie bereits berichtet, nahmen am hiesigen N.S.-Großflugtag am Sonntag u. a. auch zwei Vertreter der italienischen faschistischen Partei teil, die interessiert die luftsportlichen Darbietungen verfolgten. Der Militärdoktor Raffaele Tammaro, der auch Minister Plamer vorgestellt wurde, überbrachte dem „Hakenkreuzbanner“ folgendes Dankschreiben: „Ich danke im Namen aller italienischen Faschisten, die Gelegenheit hatten, am ersten nationalsozialistischen Großflugtag in Mannheim teilzunehmen, für den freundlichen Empfang!“

Ein Erzellen! Parteiführer und Kameraden der Nationalsozialisten! Bitte sind Sie Dolmetscher für unsere faschistische Begeisterung! Faschistischer Gruß für die alten Schwarzbenden und Braunbenden! Hoch Hitler! Hoch unser Duce!

Die Lösung der Heidelberger Bürgermeistereifrage

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Der Reichsstatthalter hat den Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg, Dr. Reinhaus, ersucht, das vor einigen Wochen eingereichte Urlaubsgesuch zurückzuziehen. Der Oberbürgermeister hat diesem Ersuchen entprochen. Der Reichsstatthalter hat zugleich die während der vergangenen Jahre bewiesene positive Einstellung des Oberbürgermeisters zur nationalsozialistischen Bewegung und die langjährige gute Zusammenarbeit zwischen diesem und der nationalsozialistischen Rathausfraktion in Heidelberg anerkannt und ihn seines Vertrauens und des Vertrauens der badischen Staatsregierung versichert. Dr. Reinhaus gilt damit für die Wahlzeit als in seinem Amt befristet.

An Stelle des wegen Ablaufs der Wahlzeit und Erreichung der Altersgrenze aus der Stadterwaltung ausscheidenden Bürgermeisters Wieland wird der Gauinspektor der NSDAP, Reichstagsabgeordneter Otto Weikel, der während der vergangenen Jahre die Führung der Heidelberger Stadtratsfraktion innehatte, als Bürgermeister in die Verwaltung der Stadt Heidelberg eintreten.

Maximiliansau, 9. Juni (Emil Müller-Hütte.) Eine große Freude dürfte vielen Parteigenossen bereiten, daß das ebemalige berühmte „Naturfreundes-Haus“ am Goldgraben in den Besitz der Ortsgruppe Maximiliansau übernommen wurde. Zu Ehren des von dem französischen Leutnant

Rouiers erschossenen SA-Kameraden Emil Müller in Germersheim wird das H.S.-Haus den Namen Emil Müller-Hütte führen. Bei schönem Wetter ist in der Hütte täglich Wirtschaftsbetrieb, Liebes- und Spielplatz für SA. und H.S. vorhanden.

Grödingen (bei Durlach), 9. Juni. (Schwerer Unfall.) Der Arbeiter Gustav Daubenberg wurde von einem Auto überfahren und mußte mit schweren Brustverletzungen ins Durlacher Krankenhaus verbracht werden.

Bruchsal, 9. Juni. (Die Münsterräuber im Zuchthaus.) Die im Säckinger Münsterräuberprozeß verurteilten Willi Reichardt und Mathilde Titz wurden in die hiesige Strafanstalt eingeliefert, während Fedoroglo, der bekanntlich Berufung eingelegt hat, noch in Badstut verbleibt.

Bruchsal, 9. Juni. (Zinsentzug.) Die Stadt Sparkasse läßt mit dem 1. Juli eine Senkung der Zinsen eintreten: für Hypotheken von 6 auf 5 1/2 Prozent, für Kredite von 7 auf 6 Prozent; die Guthabenzinsen bleiben unverändert.

Bauernkundgebung in Destringen

Destringen, 9. Juni. In einer großen Kundgebung der N.S.-Bauernschaft sprach am Pfingstmontag im Gasthaus „zum Löwen“ Pa. Landtagsabgeordneter A. Roth aus Liebolsheim über die landwirtschaftlichen Tagesfragen. Auch Pa. Dr. Saujamen aus Karlsruhe erhielt für seine fachmännischen Ausführungen über Viehzucht und Milchwirtschaft, sowie tierärztliche Fragen großen Beifall.

Gründung einer N.S.-Bauernschaft

Ellenz, 9. Juni. Kürzlich hatten sich viele Bauern im Rathausaal zwecks Gründung einer N.S.-Bauernschaft eingefunden. Pa. Bölein von Rühlheim hielt einen ausführlichen Vortrag über „Milchwirtschaft“. Dank seiner trefflichen Ausführungen ließen sich 35 Bauern in die N.S.-Bauernschaft aufnehmen.

Gochsheim, 9. Juni. (Ehrenbürger.) In der Eröffnungsfeier des neuen Gemeinderats wurde auf Antrag der NSDAP-Ortsgruppe der Beschluß gefaßt, denn Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und Reichler Deutschlands, Reichskanzler Adolf Hitler, den Reichspräsidenten von Hindenburg sowie den verdienten badischen Gauleiter der NSDAP, Reichsstatthalter Robert Wagner, zu Ehrenbürgern der Stadtgemeinde Gochsheim zu ernennen. Reichsstatthalter Wagner wird eine Ehrenurkunde überreicht werden. Ferner werden nachfolgende Straßen umbenannt: die Hauptstraße in Wolf-Diller-Straße, der Unterberg in Hindenburgstraße und die Vorstadt in Robert-Wagner-Straße. In einer überfüllten Versammlung der NSD. im Rathausaal sprach Pa. Plattner, M. d. R. Dem Führer der badischen NSD. wurde ein Blumengebinde überreicht.

Tagung der Bezirksoffiziervereine in Bühl

Bühl, 9. Juni. Wie alljährlich findet in diesem Jahre am 10. und 11. Juni die Vertretertagung der an die Badische Bauernkammer angeschlossenen Bezirksoffiziervereine statt. Die Tagung beginnt Samstag, den 10. Juni, abends 19 Uhr, im Gasthaus „Zur Krone“ in Bühl mit Erstattung der Geschäfts- und Tätigkeitsberichte. Am Sonntag findet mittags 14 Uhr im „Friedrichsbau“ in Bühl eine große öffentliche Versammlung statt mit für den Obstbauern wichtigen Vorträgen Ebenio sind Besichtigungen von Obst-Nusterkulturen vorgesehen. Ansehts der Bedeutung der Förderung des Obstbaues und im Hinblick auf die gerade bei uns im Grenzlande Baden im Gang befindliche Erbeerenernte ist es Berufspflicht der obstbauenden Bauern, an dieser Tagung zahlreich teilzunehmen.

Achern bekommt eine Geländeporthschule

Achern, 9. Juni. Die Geländeporthschule, in der regelmäßig etwa 200 Schüler ihre Ausbildung als Führer erhalten, kommt nach Achern. Die Schule wird bereits am kommenden Monat ihren Betrieb aufnehmen.

Erklärung

Wir brachten am 1. Juni d. J. eine Anzeige des Kaufhauses Schneider, Ettlingen und Rehl. Nachdem der Kaufmann für den gewerblichen Mittelstand jetzt festgestellt hat, daß diese Firma einen warenhausähnlichen Betrieb unterhält, wird der „Führer“ selbstverständlich in Zukunft keine Anzeigen mehr aufnehmen von dem Kaufhaus Schneider.

Der Führer, Anzeigenabteilung.

Aus der Bewegung

Schlageter-Fahrt der Fahrer Motor-SA.

Es war eine wunderbare Fahrt, die am ersten Pfingsttage der SA-Motorsturm 1/169 von Lahr hinaus zum Grab des ersten Soldaten des Dritten Reichs nach dem Schlageterstädchen Schönan, unternahm. Wie war es doch noch vor kurzem? Stumpf und stumm, stur vor sich hin starrend, aller Hoffnung bar, so sah man, wenn man durch die Lande fuhr, alt und jung. Ein böser „Schwartz“ Geist machte diese Menschen schein und unzugänglich. Kaum einen Dank hatten diese Armen, Verbitterten, durch Rüttenträger und Ballonmützen Verblödeten auf den freundlichsten Gruß. Und heute! Schon äußerlich ein Bild, das das Herz höher schlagen läßt: Auch vom kleinsten Haus, vom abgelegenen Hof grüßen die Fahnen der Deutschen Revolution. Frohe Menschen stehen vor den Haustüren. Wie ist ihr Blick ein so ganz anderer geworden!

In aller Morgenfrühe ging durch die prägende Rheinebene landauf, Heller, strahlender Frühsonnenchein über der ganzen Landschaft. Reinsingen, Emmendingen, Freiburg liegen hinter uns; das rebenfrohe Markgräflerland kommt. Links grünen die Berge, von rechts her das Bahnhofs von Bad Krozingen, Werke von Bugingen. Und nun hinein in die Berge. Mit jeder Wendung bietet sich ein neues Bild: Saubere Dörfer, grüne Höhen, liebliche Täler. Randern mit seinen frohen Menschen liegt schon hinter uns. Am Gaggerlestein vorbei über die Scheidegg geht's ins sonnenschienen Wiesental. Steinen, Maulburg, Schopfheim, Fahrnau, Zell. Das Tal wird enger, höher und höher steigen die Berge an. Und immer wieder Fahnen, Fahnen, Fahnen, grüne Menschen, der deutsche Gruß, erhobene Arme! Heil Hitler!

Etwas Erhebenderes habe ich kaum erlebt, als diese Wehestunde auf dem weiten Platz am Deutschen Schlageters. Die Höhen befeht von Tausenden. Ein Bild, das einen unaussprechlichen Eindruck zurückläßt. In allen Farben des Sommers die Kleider der Frauen, Mädchen, Kinder und dazwischen das Braun der Uniformen: 10 000 SA-Männer! „Ich hatt' einen Kameraden, einen besseren Kndst Du nit“ — Und die Mutter des Helden kann ruhig schlafen, ihr Wunsch, „Wenn nur der Tod meines Albert nicht umsonst gemessen“, ist erfüllt. Der Geist des heldenhaften, edlen, treuen Menschen des Wiestales umschwebt all die Feiern. Die Heimfahrt zeigt nochmals all die Schönheiten, an denen unser Land so reich ist. Das traute, sich an den Fuß des Feldbergs schmiegende Ladtal, die Höhen und Hänge des Bergens des Schwarzwaldes, das Feldbergmassiv der Roschtal, und schon sind wir im Dreifaltal und in Freiburg.

Balzhofen marschiert

Balzhofen, Amt Bühl, 9. Juni. Das unsere Bewegung auch hier marschiert, bewies die letzte Reichstagswahl, wobei wir einen stattlichen Gewinn buhen konnten. Dieser schöne Erfolg gab neuen Mut. Als bald darauf durch Ablauf der Amtszeit des Bürgermeisters die Gemeinde sich in die Lage versetzt sah, einem neuen Oberhaupt die Leitung anzuvertrauen, wurde von der Ortsgruppe der NS-Bauernschaft Pg Franz Meier als Kandidat vorgeschlagen, der schon seit längerer Zeit dem Gemeinderat angehört. Am Pfingstmontag fand die Bürgermeisterwahl statt. Sie ergab ein überaus erfreuliches Resultat: von 250 Wahlberechtigten hatten 150 ihre Stimme für unseren Parteigenossen abgegeben. Nach der Wahl holte unsere SA den neu gewählten Bürgermeister in feierlicher Weise in seiner Wohnung ab und geleitete ihn auf das Rathaus. Unser Gesang- und Musikverein ehrten ihn durch ein Ständchen, bei dem Vorstand Hof. Lienhardt in schwungvoller Rede die Glückwünsche des Vereins überbrachte, dem unser neuer Bürgermeister seit Jahren angehört. Die schönen Worte des Dankes endlich, die der Geehrte am Schlusse der Feier an die Anwesenden richtete, ließen aufs neue erkennen, daß Balzhofen in unserem Pg. Franz Meier einen Bürgermeister

Hinein in die SA!

Badeanzüge von Mk. 2.95 an Bademäntel, Frottierröschchen sehr preiswert

23118
Etagen-Geschäft Stumpf
Amalienstr. 14 b, Ecke Karlsru. / 1 Treppe hoch

erhielt, der als der rechte Mann am rechten Platz seine ganze Kraft in den Dienst der Gemeinde stellen wird. Die Wahl, die sich still und ruhig vollzog, ist nun vorüber. Erfreulich ist die Tatsache, daß eine beträchtliche Anzahl von Wählern, die heute noch der NSDAP fernstehen, ihre Stimme für unseren Parteigenossen Franz Meier abgegeben haben. Auch sie werden den Weg zu unserer großen nationalen Bewegung finden, welche die Unterstützung und Hebung des Bauernstandes für eine ihrer wichtigsten und dringlichsten Aufgaben hält.

Hitler-Jugendtreffen in Hornberg

Pfingsten 1933! Hornberg halte wieder vom Marschschritt unserer Hitler-Jugend. Der Unterbann 169 hatte unser Städtchen zum Ziel eines Sternmarsches genommen. Schon in der Nacht zum Pfingstsonntag auf Sonntag waren die Gefolgschaften 2 und 6 (Wolfsch) zu einer Wehrsportkulturlagerung nach dem Mosenmühle ausgerückt. Anschließend marschierten sie am Sonntagmittag in Hornberg ein und trafen dort mit den Gefolgschaften 3 und 7 (Willingen) zusammen. Schloßbeleuchtung mit Feuerwerk am Abend gaben der Veranstaltung einen festlichen Anstrich. Am Pfingstmontag früh rühten die Jungen zum Exerzieren aus. Dann war Kirchgang. Ein buntes, fröhliches Bild bot das gemeinsame Mittagessen im Schulhof. Nachmittags wurde auf dem Kirchplatz angetreten zu einer Kundgebung für den Gedanken, der unsere Hitler-Jugend befeht. Sie wurde eröffnet durch Unterbannführer Metz.

Gebietsführer Friedhelm Kemper

selbst war gekommen. Er sprach von der Wichtigkeit der gänzlichen Erfassung der Jugend in den

Das ist der Volkstanzler!

„Herr Hitler, ich habe vier Buben bei der SA.“ Zwingenberg a. d. B., 9. Juni. Am Freitagabend gegen 10.30 Uhr traf der Volkstanzler auf der Fahrt von Köln nach München im Auto hier ein und tankte bei der Tankstelle Schatzschneider. In kurzer Zeit war die ganze Gegend alarmiert. Aus den Häusern und aus den Fenstern sprangen die Menschen, jung und alt, um den Führer zu sehen. Der Volkstanzler verließ das Auto und begrüßte die freudig erregten Menschen mit Handbedruck. Frau Fieberling meldete mit Stolz: „Herr Hitler, ich habe vier Buben bei der SA, und einen bei der SS.“ Beide Hände faßte der Volkstanzler und lobte das „alte Mütterlein“. Vier Waidenburtschen brachten dem Volkstanzler einen Gruß mit ihrer Route dar. Ein Begleitmann des Führers brachte ihnen „vom Chef persönlich“ 10 RM als Gabe. Die Burtschen freuten sich außerordentlich über das Geschenk. Hitler bestieg sodann wieder den Wagen und unter allgemeinem Jubel verschwanden die Autos in der Richtung Auerbach, um München zuzueilen.

Am Schwarzen Brett

Kreis Karlsruhe
Am Montag, abends 8.15 Uhr, Ortsgruppenitzung in der Kreisleitung, Lammitzstr. 11. Es haben die Ortsgruppenleiter Karlsruhe-Stadt zu erscheinen. Kreispropagandaleiter.

Kreis Karlsruhe
Voranzettel!
Am Freitag, den 16. Juni, veranstalten wir im Badischen Staatstheater eine Festvorstellung, an welcher die badische Regierung teilnimmt. Zur Aufführung kommt die Oper „Zauberflöte“ von Mozart.
Die Preise der Plätze bewegen sich zwischen 30 Pf. bis 2.— RM.
Karten im Vorverkauf sind zu haben ab Montag, den 12. Juni, bei der Kreisleitung der NSDAP, Karlsruhe, Lammitzstr. 11, Buchhandlung Schulzenstein, Karlsruhe, Waldstr. 81, Musikhaus Müller, Karlsruhe, Kaiserstr.
Es empfiehlt sich, die Karten sofort zu besorgen, da die Veranstaltung restlos ausverkauft wird.
Kreisleitung der NSDAP, Karlsruhe
„Deutsche Bühne“
Volkstanzler Karlsruhe
ges. Worch, ges. Dr. Hochschild

Reihen der Braunbenden. Sie ist nicht wie die älteren Generationen vom Geist der liberalen und marxistischen Zerkleinerung angekränkt und wird deshalb umso besser der Träger des reinen Hitler-Geistes sein, so wie sie sich stets zum Führer Adolf Hitler bekant hat. Wir wünschen eine religiös und sittlich ersogene Jugend; aber wir lehnen eine katholische oder protestantische Jugendbewegung ebenso ab, wie etwa einen konfessionellen Sport. Für uns gibt es nur eines: eine deutsche Jugend.

Es sprachen dann noch Gauinspektor Schuppel und H.S. Hans Bähr, früher in Hornberg wohnhaft, dessen Worte ein flammendes Bekenntnis der Jugend zum dritten Reich waren. Von der Kundgebung aus zogen die Gefolgschaften, Jungvolk und WdM. durch die Straßen der Stadt. Gebietsführer Kemper nahm am Schulhof den Vorbeimarsch ab. Damit war die Kundgebung zu Ende, — für die H.-J. ein Erlebnis von bleibendem Wert, und Hornbergs Bevölkerung, die rege, lebhafteste Teilnahme an allen Veranstaltungen genommen hatte, sah zum erstenmal, was die H.-J. bedeutet und wofür unsere Jugend heute gebt.

Karlsruher Nationalsozialisten und Nationalgesinnte treibt Leibesübungen im NSDGB., Ortsgruppe Karlsruhe!

Der Übungsplan der hiesigen Ortsgruppe ist folgender:

Männer-Abteilung:
Montag von 20 bis 21.30 Uhr M. Helmholzschule, Kaiserallee.
Mittwoch von 20 bis 21.30 Uhr M. (Schwimmen) im Bierordbad.
Donnerstag ab 18 Uhr Schwer- und Leichtathletik auf dem Sportplatz.
Freitag ab 18 Uhr Fußball, Handball, Hockey und Kampfball auf dem Sportplatz.

Schüler-Abteilung:
Mittwoch von 16 bis 16.30 Uhr in der Leopoldschule.
Mittwoch von 20 bis 21.30 Uhr M. (Schwimmen) im Bierordbad.
Samstag von 16 bis 16.30 Uhr auf dem Sportplatz.

Frauen-Abteilung:
Montag von 18 Uhr ab auf dem Sportplatz.
Mittwoch von 20 bis 21.30 Uhr in der Besinghschule (Eingang Gabelsbergerstraße).
Freitag von 20 bis 21.30 Uhr M. (Schwimmen) im Friedrichsbad.

Mädchen-Abteilung I über 14 Jahren:
Montag von 20 bis 21.30 Uhr in der Landbesturnanstalt (Bismarckstraße).
Freitag von 20 bis 21.30 Uhr M. (Schwimmen) im Friedrichsbad.
Samstag von 16.30 bis 18 Uhr auf dem Sportplatz.

Mädchen-Abteilung II von 10 bis 14 Jahren:
Mittwoch von 16.30 bis 18 Uhr in der Besinghschule (Eingang Gabelsbergerstraße).
Freitag von 20 bis 21.30 Uhr M. (Schwimmen) im Friedrichsbad.
Samstag von 16.30 bis 18 Uhr auf dem Sportplatz.

Mädchen-Abteilung III unter 10 Jahren:
Mittwoch von 15 bis 16.30 Uhr in der Besinghschule (Gabelsbergerstraße).
Freitag von 20 bis 21.30 Uhr M. (Schwimmen) im Friedrichsbad.

Samstag von 16 bis 16.30 Uhr auf dem Sportplatz.

Renn-Abteilung:
Montag von 20 bis 21.30 Uhr in der Helmholzschule (Kaiserallee). Die monatliche Pflichtausfahrt wird jeweils bekannt gegeben.

Tennis-Abteilung:
Die Pflichtübungsstunden werden noch besonders bekannt gegeben.

Fecht-Abteilung:
Die Pflichtübungsstunden werden noch besonders bekannt gegeben.

Die Gebühren betragen:

Aufnahme	0.50 RM.
Monatsbeitrag	0.30 RM.
Erwerbslose, H.-J. und H.-J.:	
Aufnahme	0.30 RM.
Monatsbeitrag	0.20 RM.
Schüler und Schülerinnen unter 14 Jahren:	
Aufnahme	0.20 RM.
Monatsbeitrag	0.10 RM.
Sonderbeiträge	
Tenniskarte für die Saison	10.— RM.
Rennbootkarte monatlich	1.— RM.
Übungskarte für freier monatl.	1.— RM.
Eintrittskarte zur einmaligen Benutzung des Bades:	
Mitglieder, Erwerbslose, H.-J. und B. d. M.	0.30 RM.
Schüler u. Schülerinnen unt. 14 J.	0.16 RM.
Nichtmitglieder	0.35 RM.
Nichtmitglieder (Erwerbslose)	0.30 RM.
Auskunft und Anmeldung bei den Übungsleitern bezw. in den jeweiligen Übungsstunden	
Parteiangehörigkeit ist nicht erforderlich.	

Nationalsozialistischer Deutscher Sportverband Gruppe Karlsruhe.
Geschäftsstelle: Bismarckstraße 10.
Sportplatz: Ecke Linkenheimer Allee/Parkring
Gruppenvorsitzender:
ges.: Franken.

Kreis Karlsruhe
Die Geschäftsstelle der Ortsgruppe Süd, Ettlingerstr. 43, II Stock, ist wie folgt geöffnet:
Montag bis Freitag von 9.00 bis 12.00 Vorm. und 3.00—6.00 Uhr Nachm., Samstag von 9.00 bis 12.00 Vorm.
Der Ortsgruppenleiter ist für besondere Fälle jeweils Dienstags und Freitags von 7.00—8.30 Uhr Abends im Geschäftszimmer zu sprechen.
Am Montag, den 12. Juni 1933, abends 7.00 Uhr, im Geschäftszimmer der Ortsgruppe (Albital, 2 Stock) Monatsversammlung. Jeder Blockwart hat pünktlich abzurechnen.
Am Mittwoch, den 14. Juni 1933, abends 8.00 Uhr, findet in der „Waldhalle“, Ungartenstr. 27, eine öffentliche Versammlung statt. Thema: Arbeitsbeschaffung und Arbeitsdienstpflicht.
Zur Deckung der Unkosten werden 20 Pf. erhoben. Erwerbslose haben gegen Ausweis freien Eintritt.
Für jeden Parteigenossen ist die Teilnahme Pflicht.

Der Ortsgruppenleiter.

NS-Kreisbeamtenabteilung Karlsruhe
In der am 11. Juni stattfindenden Mitgliederversammlung der NS-Beamtenabteilung sollen die Vertreter zur Hauptversammlung gewählt werden. Um die Wohl der nationalsozialistischen Beamten sicherzustellen, mache ich allen Mitgliedern und Anhängern der NS-Beamtenabteilung, die Mitglieder der Beamtenbank sind, zur Pflicht, unbedingt in der Mitgliederversammlung anwesend zu sein.
Heil Hitler!
Der Kreisbeamtenleiter:
Mader

Ortsgruppe Daglanden
Am Sonntag, den 11. Juni, findet in Daglanden eine öffentliche Versammlung über Arbeitsdienst und Arbeitsbeschaffung statt.
Es spricht Pg. Zimmermann Graben.
Der Ortsgruppenleiter.

Kreis Ettlingen
Folgende Geschäfte werden für den Verkauf der von der NSDAP geliehenen Waren und Parteiuniformen im Bezirk Ettlingen auslassen:
Firma Köhler u. Kist, Ettlingen, für Fahnen, Hemden und Wimpel
Firma Seiter Joh Witwe, Ettlingen, Mägen, Hemden, Blusen
Firma Streit A., Ettlingen, für Hemden, braune Stoffe, Schulterriemen
Firma Kiedle Frau Elsi, Ettlingen, für Koppel und Schulterriemen
Firma Juggold Michael, Ettlingen, für Uniformen und Blusen
Firma Otto Kiesel, Ettlingen, für Schuhe und Stiefel
Firma Frits Staub, Ettlingen, für Schuhe und Stiefel
Firma Wolf Bender, Ettlingen, für Schuhe und Stiefel
Firma Ochs, Böckersbach, für Uniformen, Koppel, Schulterriemen
Allen hier nicht aufgeführten Geschäften wird eine Ausverkaufsruf von 3 Wochen zugestanden. Partei- und Kanabzeichen werden nur in der Kreisgeschäftsstelle gegen Ausweis verkauft. Es wird darauf hingewiesen, daß der Verkauf aller NS-Artikel nur gegen Vorzeigen eines parteiamtlichen Ausweises erfolgen darf.
Der Kreisleiter: ges. Stüwe.

Ortsgruppe Grödingen
Sonntag, den 11. Juni, vorm. 9 Uhr, Auftreten zum Kirchgang am Bad Hof.
Anzutreten haben SA., SS., H.-J., WdM., NSD.

Ortsgruppenleitung

Die Karlsruher Hausfrauen werben für Butter, Brot und Käse

Der Karlsruher Hausfrauenverein veranstaltete gemeinsam mit der Karlsruher Bäckerinnung und der Milchzentrale Karlsruhe eine Ausstellung unter dem Leitwort „Butter, Brot und Käse“. In geschmackvoller Aufmachung waren die verschiedenartigsten Gerichte aus Milch und Käse ausgestellt und zeigten der Hausfrau die vielfältige Verwendungsmöglichkeit von Milch, Butter und Käse. — In der Eröffnungsfeier der Ausstellung konnte die erste Vorsitzende des Landesverbandes badischer Hausfrauenvereine, Frau Emma Kromer-Mannheim, zahlreiche Vertreter der Behörden und interessierte Kreise begrüßen. Es sei notwendig, die Hausfrauen auf die Bedeutung der Verwendung einheimischer Produkte aufmerksam zu machen. Die Ausstellung solle die Anregung geben für neue Gerichte aus Milch und Käse, je solle die Verwendungsmöglichkeit der Güter zeigen, die auf unserem einheimischen Boden wachsen. Im Herbst werde der Landesverband der badischen Hausfrauenvereine außerdem eine große Verbundveranstaltung für die Verwendung von Grünlingen.

Der Vizepräsident der Badischen Landwirtschaftskammer, Schmitt, betonte dann, daß die neue Zeit auch eine neue Einstellung zu Brot und Arbeit gebracht habe. Die Notzeit erst, die über Deutschland kam, habe das deutsche Brot wieder zu Ehren gebracht. Ohne Ernährungsfreiheit gäbe es keine politische Freiheit. Der deutsche Boden sei in der Lage, das deutsche Volk in genügender Menge mit Ernährungsmitteln zu versorgen. Die Hauptfrage sei jetzt die Sicherung des Abfluges landwirtschaftlicher Produkte. Die Landwirtschaft müsse wieder kräftig gemacht werden. Es müsse zur Selbstverständlichkeit werden, in den Haushaltungen nur deutsche Waren zu verwenden. Durch die Hebung des Milchverbrauchs und der Molkeerzeugnisse könnte viel Not gelindert werden. Milch und Molkeerzeugnisse seien in Bezug auf Nährwert anderen Nahrungsmitteln weit überlegen. Zum Schluß der Veranstaltung sprach die 1. Vorsitzende des Karlsruher Hausfrauenvereins, Gertrud Klingel, über „Käse und Käsebereitung“. Die große Bedeutung des Magerkäses als Eiweißspender sei bedauerlicherweise noch nicht allgemein anerkannt. Auch die für die Gesundheit sehr zuträglichste Buttermilch sei ein noch viel zu wenig beachtetes Milcherzeugnis. Durch die größere Verwendung von Milch, Käse und Butter im Haushalt sei es den Hausfrauen möglich, billiger durchzukommen, einen abwechslungsreichen Tisch zu haben und die badische Landwirtschaft zu unterstützen.

Säuberung bei Saib und Neu

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Bei der Nähmaschinenfabrik Karlsruhe vor- und nachmalig Saib & Neu sind nach Rücksprache mit dem badischen Finanz- und Wirtschaftsminister durchgeführte Umstellungen im Vorstand und Aufsichtsrat vorgenommen worden. Nach vorübergehender Aussprache der Betriebsvertretung mit dem Herrn Finanz- und Wirtschaftsminister wird der Firma nun das Recht eingeräumt, sich als deutsche Firma zu bezeichnen.

Lagerleiter-Tagung des Arbeitsdienstes in Karlsruhe

Am heutigen Samstag beherbergte Karlsruhe etwa 250 Lagerleiter des Arbeitsdienstes aus ganz Baden, in seinen Mauern. Den Soldaten der Arbeit sei hierdurch ein herzlicher Willkomm-Gruß entboten. Die größere Anzahl der Lagerleiter ist ebenfalls im Laufe des Freitags in Karlsruhe eingetroffen und waren zu einem kameradschaftlichen Beisammensein im großen Saale der Schemm-Gaststätten versammelt. Die eigentliche Tagung findet im kleinen Festhallsaal statt und beginnt pünktlich früh um 8 Uhr.

Ein Aufmarsch der Lagerleiter durch die Stadt beginnt um 1 Uhr von der Festhalle aus und nimmt seinen Weg über die Karl-Friedrich-Straße, Adolf-Hitler-Platz, Kaiserstraße, Waldstraße.

Nachmittags 2 Uhr wird die Tagung im Festhallsaal fortgesetzt und dauert bis abends 8 Uhr.

Die erste Kreisversammlung der A.S. Drogisten-Fachschaft

Die erste Kreisversammlung der Fachschaft nat.-soz. Drogisten fand am Donnerstag, den 1. Juni im Goldenen Adler statt. Nach der Begrüßung durch den Kreisfachschaftsleiter H o s c h i l d

sprach der Kommissar der Handelskammer, Pa. Dipl.-Ing. D ö l l e über:

„Nationalsozialismus und der ständische Aufbau.“ In eindringlicher Klarheit entwickelte der Referent den Wechsel vom Liberalismus über Marxismus und Kommunismus zur natürlichen Notwendigkeit des Nationalsozialismus. In Hand von jedem noch in Erinnerung lebenden Beispiel gab Pa. D ö l l e ein Bild, wobei das deutsche Wirtschaftsleben und mit ihm auch die Existenz jedes einzelnen Deutschen gekommen wäre, hätte nicht der Nationalsozialismus im letzten Augenblick eine Spaltung des Volkes verhindert.

Schließlich gab der Referent noch einen Überblick über die Entstehung der Berufsstände und im besonderen ihren Ausbau im heutigen Deutschland. Im Anschluß an die mit reichem Beifall aufgenommene Rede machte Pa. Kaufschaffsleiter Hertel einige geschäftliche Mitteilungen. Unter anderem kündigte er die Ortsgruppengründung in Pforzheim für den 11. Juni an. Als besonderer Erfolg konnten wieder 12 Neuanmeldungen, besonders auswärtiger Drogisten, gebucht werden. Die Versammlung schloß mit dem Horst-Wessel-Lied.

Jahrespreismäßigung für Teilnehmer am Leib-Drägerfest auf den Stadt. Verteilungsmitteln

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Der Arbeitsauschuss des Leib-Dräger-Fest, Nr. 20 hat Veranlassung nochmals darauf hinzuweisen, daß die Stadtverwaltung anlässlich des 3. Regimentsjahres und der 130jährigen Gründungsfeier für die Tage vom 10.—12. (inkl.) Juni eine Fahrtvergünstigung auf den städtischen Verteilungsmitteln in der Weise bewilligt, daß von jedem Teilnehmer gegen Ausbittung eines entsprechenden Fahrausweises nur 50 Pfa. entrichtet werden. Die Fahrausweise ebenso die Festabscheine und Fahrscheine sind ebenfalls ab Donnerstag, den 7. Juni 1933, bei E. P. Fiele, Kaiserstr. 215 und seinen Filialen sowie bei Weiskwarengeschäft Karl Holzschuh, Werderplatz 48 und am Sonnabend Nachmittag bis 7 Uhr bei „Ketterer“ am Bahnhof (Kartenausgabe).

Badisches Staatstheater

Dirigenten-Gastspiel Wolfgang Martin Die Aufführung der neu einstudierten komisch-phantastischen Oper „Die lustigen Weiber von Windsor“ von Otto Nicolai am Sonntag, dem 11. Juni, gewinnt dadurch, daß sie mit einem

Dirigenten-Gastspiel verbunden sein wird, erhöhtes Interesse und beansprucht daher die Aufmerksamkeit unseres Opernpublikums in besonderem Maße. Wolfgang Martin, der sich den Karlsruher Musikfreunden am Dirigentenpult vorstellen wird, ist in Mannheim als Sohn des 1913 verstorbenen dortigen Oberbürgermeisters Martin geboren, also gebürtiger Badener. Seine Studien machte er an der Mannheimer Hochschule für Musik und am Nationaltheater zu Mannheim unter Bodanitz und Furtwängler, wo auch seine Bühnenlaufbahn als Korrepetitor begann. Mit 16 Jahren dirigierte er in Mannheim bereits Opern und kleine Singspiele, anschließend bekleidete er die Stellung eines Korrepetitors und Chordirektors in Kiel. Nach einem weiteren Studienjahr unter Bruno Walter an der Münchener Staatsoper wirkte er als Solorepetitor und Kapellmeister in Chemnitz, danach drei Jahre als koordinierter Kapellmeister in Lübeck und sodann als Nachfolger von Schenker als 1. Kapellmeister sechs Jahre lang in Frankfurt a. M. unter Professor Krauß. Seit vier Jahren ist Martin als 1. Kapellmeister in Düsseldorf tätig und seit März d. J. alleiniger musikalischer Oberleiter der Düsseldorfer Oper.

Die überaus betrieblige Aufnahme der Nachmittagsveranstaltung „zu Schillers Gedächtnis“ am 14. Mai und die vielfach zum Ausdruck gekommenen Wünsche nach einer Wiederholung haben Veranlassung gegeben, diese eindrucksvolle Feier am Sonntag, den 11. Juni, ein zweites Mal stattfinden zu lassen. — Sie wird zur selben Zeit (15.30 Uhr) unter Ulrich von der Trenck Regie und der musikalischen Leitung Georg Hofmanns mit dem gleichen Programm wie das erstmalig vor sich gehen, beginnend mit der Schillerischen Totenklage „Kenie“ für Chor und Orchester von Hermann Goet, sich fortsetzend mit Goethes Worten zu Schillers Gedächtnis und dem Gedicht „Die deutsche Muse“, beides gesprochen von Iris Hers, anschließend das Reiterlied aus „Wallensteins Lager“, vortragen von Singchor des Staatstheater, und drei Rezitationen („Teilung der Erde“, „Bacchus im Jocke“ und „Die Kraniche des Iphigenia“) durch Ulrich von der Trenck. — Den Haupt- und Schlußteil bildet „Das Lied von der Glocke“, mit der Musik von Lindpaintner senkisch und mit lebenden Bildern dargestellt. Mitwirkende sind Melanie Emardt und die Herren Ernst, Gemmede, Prüter und Schulze. — Auf die billigen Eintrittspreise (40—80 Pfa.) sei besonders hingewiesen.

Sonntagskonzerte im Stadtpark

Auch der Stadtpark fest am kommenden Sonntag im Zeichen des badischen Leibdräger-

tages. Vorgelesen sind folgende Konzerte: von 11—12.15 Uhr ein Morgenkonzert, zu dessen Besuch Musikzuschlag nicht erhoben wird, von 15.30 bis 18 Uhr ein Nachmittagskonzert und von 20 bis 22.30 Uhr ein Abendkonzert. Sämtliche Konzerte werden von der Harmonikcapelle unter Leitung von Herrn Hugo Rudolph ausgeführt. Nur die allgemein verbilligten Eintrittspreise an Sonntagen im Stadtpark wird noch besonders hingewiesen.

Polizeibericht

Verkehrsunfälle: Am 8. Juni 1933 gegen 19 Uhr wurde beim Schützenhaus ein Radfahrer beim Überqueren der Linkenheimer Landstraße von einem Personenkraftwagen erfaßt und erheblich verletzt. Der Radfahrer, welcher selbst den Zusammenstoß verschuldet hat, wurde nach dem Städt. Krankenhaus verbracht. — Zwei weitere leichte Verkehrsunfälle wurden durch Nichtbeachtung des Vorfahrtsrechts bzw. Unvorsichtigkeit einer Fußgängerin hervorgerufen. — Bei einem Zusammenstoß zwischen einem Omnibus und einem Personenkraftwagen in Durlach war zum Teil erheblicher Sachschaden zu verzeichnen; auch hier war Nichtbeachtung des Vorfahrtsrechts von Seiten des Omnibusführers die Ursache.

Gestohlen wurde eine Person wegen Körperverletzung und ein Metzger von hier, der im hiesigen Schlachthaus Schinken und sonstige Fleischstücke auf erschwerter Weise entwendet hat.

Naturtheater Durlach (Verkenberg)

Heute Sonntag gelangt das Lustspiel „Die Anna-Lise“ (Des alten Dessauers Jugendliebe) zur Aufführung. In diesem vaterländischen Lustspiel wird in herzerquickender Weise die Liebe Leopolds I. von Dessau zu dem Nothekerkocherlein geschildert. In Scherz und Ernst zieht das Lebensbild des sonnigen Dessauers an uns vorbei, dessen Märchen: „So leben wir, so leben wir...“ heute noch Zeuge einer Zeit des Frohsinns und der Liebe zum Soldatenleben ist. Das Lustspiel paßt so recht in unsere heutige Zeit. Der Misch sei darum weitesten Kreisen empfohlen, zumal die herrliche Naturbühne und die schönen Kostüme der damaligen Zeit unvergleichlich schöne Bilder bieten werden. Anfang 4 Uhr. Volkstümliche Preise. Kartenverkauf bei Musikalien-Müller, Kaiserstraße.

Wochenmarktpreise der wichtigsten Lebensmittel (Meinhandel)

Rindfleisch, 1. Güte m. Anoch. 68—76; 2. Güte m. Anoch. 60—70; Kalbfleisch m. Anoch. 50; Mastfleisch m. Anoch. 50—60; Kalbfleisch m. Anoch. 68—80; Schweinefleisch m. Anoch. 60—76; Hammelfleisch m. A. n. 70—90; Gähner, Gahr 200—250; Hühner 40 bis 50; Karioshen 40—50; Kanielen 30 bis 40; Weizen 13—15; Weizen 13—15; Spinnat 8—12; Roggen 15—25; Weizen 8—15; Erbsen, grüne 30—35; Abgarben 8—10; Mais 2—5; Kopfsalat 3—10; Sellerie 5—15; Merrettisch 10—25; Salatgurken 10—40; Spargel 10—30; Zwiebeln 10—14; Lauch 40—50; Karotten 18—33; Artischocken, ausl. 40—50; Stachelbeeren, unreif 20—25; Erdbeeren 55—70; Tomaten, ausl. 30—45; Nüsse, ausl. 40—60; Bananen 40—45; Orangen 15—28; Äpfel 5—15; Birnen 3—8; Zitronen, inl. 7,5—11; Eier, ausl. (keine Trinf.) 7—9; Tafelbutter, inl. 130—150; (keine Trinf.) 120—130; Schmelzkäse, inl. 75 bis 90; Schmelzkäse 100—120; Rahmfleisch 80—90; Milchpulver 40—48.

Der Kleinmarkt war gut versorgt mit Butter, Eiern, Käse und Gemüse. Vor allem gab es sehr viel Karotten und sehr viel Spargel. Das Angebot an Äpfeln und Gesseln war nicht groß, gefolgt aber dem geringen Bedarf. Auch im übrigen blieb die Nachfrage erheblich hinter dem reichlichen Angebot zurück.

Karlsruher Tagesanzeiger

Bad. Staatstheater: 20 Uhr Schluß am Port. 19.30: Die lustigen Weiber von Windsor. Ball: Sprung in den Nagrund. Gloria: Moral und Liebe. Die kleine Schindlerin. Bad. Blauspiel: Der schwarze Fufar. Odeon: Standardtabelle. Stadtpark: 19.30—18 Uhr Nachmittagskonzert. Kaffee Museum: Künstlerkonzert. Pflanzgarten: Bauernkapelle. Kaffee: Künstlerkonzert. Kaffee Odeon: Künstlerkonzert. Kaffee Rueder: Das vornehme Abenddiner. Altsächsische Weinstube: Radiokonzert.

Die Pressestelle der Volkstrafzweckgemeinschaft GmbH, Nürnberg, Untere Baustraße 20, teilt mit:

Die Volkstrafz konnte Anfang April auf ihr einjähriges Bestehen zurückblicken. Nach den anfänglichen organisatorischen Einführungsarbeiten legte das Geschäft im Herbst 1932 festhaft ein und hat seit der Zeit von Monat zu Monat zugenommen. Der Bestand an abgeschlossenen Verträgen hat bis zum 31. März 1933 die Summe von 24000 RM. mit insgesamt 835 Sparern erreicht. Im gleichen Zeitraum konnten rund 70000 RM. an die Später zugestellt werden.

Die Volkstrafz ist ein von Parteilosen geleitetes Unternehmen. Sie hat demzufolge ihre Verbindung nach dem Grundgedanken „Gemeinnut geht vor Eigennut“ abgestellt und von Anfang an alle ihre Leistungen dem Reichskammer und anderen Stellen vorgelegt. Sie ist dem Prüfungsausschuss für Privatversicherungen, der Kammerkammer und anderen Stellen vorgelegt. Sie ist dem Prüfungsausschuss deutscher Zweckvereine e. B. in Berlin angeschlossen, und von diesem Verband geprüft und aufgenommen.

Hinweis! Wir möchten nicht veräumen, darauf hinzuweisen, daß am kommenden Sonntag (Drägerfest) sämtliche Karlsruher Blauenvereine geschlossen sind. Dedem Sie daher Ihren Bedarf an Tafelwaren nur im Spezialgeschäft, welches Sie bezogen sorgfältig und reell bedient.

Karlsruher Vereinsleben

Karlsruher Gesangvereine ehren Professor Rehdorfer, Wien

Dem weltbekannten Komponisten und musikalischen Führer des ebenso berühmten Wiener Männergesangsvereins „Schubertbund“, Herrn Geh. Hofrat Professor Dr. Viktor Rehdorfer, Wien, wurde kürzlich anlässlich seiner Anwesenheit in Karlsruhe eine besondere Ehrung durch die Männergesangsvereine „Liederhalle“ und „Liedertrans“ zuteil.

Im großen Saal des Künstlerhauses, des Sängersheim der „Liederhalle“, hatten sich die Aktiven beider Vereine in großer Zahl zu einem gemeinsamen Sängereabend versammelt. Der 1. Präsident der „Liederhalle“, Herr Gomanjumsdirektor A. D. Karle, entbot den Sängern der beiden Vereine, Herrn Ehrenvorsitzender Baumann und besonders dem verehrlichen Gast seine Grüße. Die „Liederhalle“ gebe sich die hohe Ehre, dem eifrigen Förderer des deutschen Männergesangs die Ehrenmitgliedschaft anzubieten. Zugleich wurde dem Gast eine künstlerisch wertvolle Ehrenurkunde überreicht.

Hierauf feierte der 1. Präsident des „Liedertrans“, Herr Direktor Volkmmer, den persönlichen Freund und das Ehrenmitglied des „Liedertrans“. Die Worte des Führerspräsidenten Franz Karzer galten ebenfalls Prof. Rehdorfer, dem die Ehrenmitgliedschaft angetragen und mit dankbarer Zustimmung angenommen wurde. Der Gast nahm schließlich selbst das Wort, um für die ihm zuteil gewordenen Ehrungen zu danken. Die allgemeine Freude erreichte ihren Höhepunkt, als Prof. Rehdorfer selbst den Taktschlag ertieß und „Die Nacht“ von Schubert dirigierte.

Die Feier war umrahmt von vaterländischen Chören unter der Leitung von Meister Hugo K a h n e r, der auch den Solisten des Abends ein zuverlässiger und feinfühler Begleiter war. Ein freundliches Dankeswort gebührt auch der uner-mülichen Hauskapelle der „Liederhalle“. Diese Stunden köstlichen Erlebens werden allen Teilnehmern in dauernder Erinnerung bleiben. Die Freundschaft des genialen Wiener Musikprofessors Rehdorfer aber wird unzerstört gewertet als ein Unterpfand für die Pflege des

deutschen Liedes, „soweit die deutsche Bunge flingt“.

Jubiläums-Werbeispiele des Vereins für Bewegungsspiele Karlsruhe

Der Verein für Bewegungsspiele Karlsruhe veranstaltet bis 18. Juni aus Anlaß seines 35. Stiftungsfestes Werbeispiele, an denen sich folgende Vereine mit ihren 1. Mannschaften in lebenswürdiger Weise zur Teilnahme bereit erklärt haben: FC Concordia Karlsruhe, FC. Krieling, FC. Bulach, Germania Durlach, Bavaria Wörth. Die Durchführung dieser Werbeispiele weicht insofern von den herkömmlichen Gepflogenheiten bei derartigen Veranstaltungen ab, indem das Verbands-Spielsystem zur Anwendung gebracht wird. Somit ist jeder Elf Gelegenheit gegeben, ihre Ballspielkunst an allen mitwirkenden Mannschaften zu erproben. Für die Zuschauer aber bietet das gewählte Spielsystem insofern erhöhtes Interesse, weil sie dadurch in die Lage versetzt werden, „ihre“ Mannschaft bis zum Schlußspiel im Kampfe gegen schwächere und stärkere Gegner spielen zu sehen. Die ausgezeichneten Preise werden dazu beitragen, die Mannschaften zur Herabgabe ihres ganzen fußballerischen Könnens anzuregen. Die Spiele finden jeden Tag, mit Ausnahme des kommenden Sonntag, bis zum 18. Juni statt. Spielbeginn jeweils abends 1/26 Uhr.

Rundgebung der süddeutschen Schleifervereine

Die Landesgruppe Süddeutschland der Schleifervereine hielt hier im „Goldenen Adler“ eine gut besuchte Tagung ab. Aus dem Bericht des Vorsitzenden K a l u s c h e -Nürnberg wie auch aus den Darlegungen der Ortsgruppenführer ergab sich, daß intensiv und erprießlich für den deutschen Osten gearbeitet wurde. Die Verhandlungen fanden ganz im Zeichen der nationalen Erhebung, die das vaterländische Wirken der Ortsverbände mit neuer Hingebung erfüllt. Man ist überzeugt, daß die nationale Regierung unter der Führung des Reichskanzlers Hitler die Förderung der Schleifervereine als ein deutsches Anliegen anerkennen wird. Man wird in der Aufklärungsarbeit fortfahren, bis die abgetrennten Gebiete wieder zum Mutterland zurückgeführt sind. Die Tagung fand mit einem Deutschen Abend ihren würdigen Abschluß.

Braune Polo-Hemden 29139
für Knaben 1.95 2.25 2.50 2.75
für Herren Gr. 36, 37 3.25, 38—40 3.50

Braune Polo-Blusen
für Mädchen 1.50 1.60 1.90 2.—
für Damen Gr. 40—44 2.25 2.50 2.75

BEITEN-Befänder
Ecke Kaiserstraße
jetzt Lammstr. 6
Zugelassen z. Verkauf v. Hitler-Uniformen

